

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werthätigen Volkes.

Abonnementssatz pro Monat inkl. Druckerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenzeitung „Neue Welt“ inkl. Druckerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4474) vierteljährlich 1,80 M., für 2 Monate 1,20 M., für 1 Monat 60 Pf. exkl. Versandgeld.

Redaktion:
Dr. Bruno Schönlaut.

Inserate werden die 5 gespaltenen Zeitzeile über deren Raum mit 20 Pf. berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pf. — Schwerteriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition ausgegeben sein. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 8. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 8, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telephon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Zum Monatswechsel

ersuchen wir unsere Freunde, rechtzeitig das Abonnement zu erneuern und neue Abonnenten zu werben.

Redaktion und Verlag der Leipziger Volkszeitung.

Terrorismus en gros.

* Leipzig, 26. Juli.

In der Debatte über das Buchthausgesetz sprach der preußische Handelsminister v. Bredfeld die Hoffnung aus, es werde nicht so weit kommen, daß sich Unternehmer und Arbeiter in geschlossenen und alles umfassenden Organisationen gegenüberstehen und sich gegenseitig boykottieren würden. Er befürchtete davon die schwersten Erschütterungen für die gesamte Gesellschaft.

Die jüngsten Ereignisse in Dänemark haben den Beweis geliefert, daß sich dort der Klassenkampf schon weit mehr zugekehrt hat, als Herr v. Bredfeld damals befürchtete. Und zwar sind es nicht die Arbeiter, die die Sache so sehr auf die Spitze getrieben haben.

Die dänische Arbeiterbewegung hat bekanntlich politisch und gewerkschaftlich einen hohen Stand erreicht; namentlich standen die Gewerkschaften in Blüte. Man rühmt so sehr die konstitutionellen Freiheiten Dänemarks. Über gerade in diesem Lande sollte es sich wiederum zeigen, daß die schärfsten, in den Verfassungen niedergeschriebenen Menschenrechte nicht im stande sind, die Arbeiter gegen die geblüten Brutalitäten ammehender Unternehmer zu schützen.

Wenn auch den dänischen Arbeitern die Koalitionsfreiheit gesetzlich zusteht, so benutzen die Kapitalisten in diesem konstitutionellen Staate ihre Vorteile, um die Koalitionsfreiheit einfach aufzuheben, resp. die Arbeiter durch den Hunger und die bitterste Not zu zwingen, auf dies kostbare Volksrecht zu verzichten.

Man hat es offenkundig mit einem lange vorbereiteten Komplott der dänischen Unternehmer zu thun. Die blühenden Gewerkschaften waren seit langer Zeit der Gegenstand ihres Hasses geworden. Und so beschlossen sie, die erste Gelegenheit zu dem Versuche zu benutzen, diese Gewerkschaften zu vernichten. Sie schufen eine umfassende Organisation der Unternehmer und centralisierten sie, um zu einem großen und entscheidenden Kampfe vollkommen gerüstet zu sein. Schwarze List wurden in Bereitschaft gehalten und Verbindungen mit den Arbeitgebern anderer Länder angeknüpft, um die „unbotmäßigen“ Arbeiter über die Landesgrenzen

hinaus mit der Hungerpeitsche verfolgen zu können. Daß sie bei den deutschen Schlotjunkern ein weitgehendes Entgegenkommen fanden, braucht kaum besonders betont zu werden.

So wurde denn die erste Differenz mit den dänischen Arbeitern benutzt, um die große Aktion in Scena zu setzen.

Auch die dänische Industrie hat eine Epoche feierhafter Thätigkeit und außerordentlicher Ergiebigkeit hinter sich. Die Unternehmer haben den Gewinn schefselweise eingestrichen; die Arbeiter sind entweder mit verhältnismäßig kümmerlichen Löhnen abgespielt worden oder haben nur ganz geringe Vorteile, wie vermehrte Arbeitsgelegenheit und dergleichen erzielt, oder sie sind auch ganz leer ausgegangen. Und doch sind es die Arbeiter, die mit der Thätigkeit ihrer Gedanken und ihrer Hände, mit ihrem nie ermattenden Fleiß und mit ihrer unerschöpflichen Arbeitswilligkeit die dänische Industrie auf die gegenwärtige Höhe gehoben haben. Das kann gar nicht genug betont werden, wenngleich die dänischen Gewerkschaften in ihrem Aufruf an die Arbeiter aller Länder in bescheidener Weise darauf aufmerksam gemacht haben.

Die hartherzigen und übermütigen Bourgeois aber, die an der Spitze des dänischen Arbeitgeber-Verbandes stehen,

haben hierfür nicht nur keine Anerkennung, sondern sie lohnen den Arbeitern ihren gewinnbringenden Fleiß mit brutalster Unterdrückung und Entrichtung. Durch die Periode der

Prosperität, die sie hinter sich haben, fühlen sie sich stark, und darum haben sie die Gelegenheit zur Aussperrung in Masse nur abgewarret. Sämtliche Arbeiter des Baumgewerbes und der damit verwandten Branchen, der Eisen- und Holz-

Industrie, sind einfach auf die Straße geworfen worden. Vierzigtausend Arbeiter sind brotlos in einem Lande,

das nur etwas über zwei Millionen Einwohner zählt! Rechnet man die Frauen und Kinder hinzu, so sind etwa 200 000 Menschen dem Elend preisgegeben, weil die Unternehmer keine gewerkschaftliche Organisation mehr dulden wollen.

Denn darum dreht sich der ganze Kampf nunmehr allein. Die Bedingungen, die man den Arbeitern stellt, sind geradezu entwürdigend. Die Unternehmer wollen den Gewerkschaften die Statuten vorschreiben und verlangen sogar eine große Summe Geld als Unterpfand, daß die Arbeiter den ihnen auferlegten Bedingungen pünktlich nachkommen.

Den dänischen Arbeitern, die nun die Vernichtung ihres Koalitionsrechtes vor Augen sahen, blieb kein anderes Mittel übrig, als sich an die Arbeiter aller Länder um Hilfe zu wenden, da sie schon seit dem 19. Mai ausgesperrt und

ihre eigenen Mittel bald erschöpft sind. Wie immer in solchen Fällen haben die Arbeiter, als der verschämlichere Teil, Vermittelungsvorschläge gemacht und haben erklärt, sich dem Schiedsspruch einer Einigungskammer unterwerfen zu wollen. Aber man hat das Anerbieten mit blankem Hohn abgelehnt und hat offen erklärt, daß es auf die Zerstörung der Gewerkschaften abgesehen sei. Und um die Frivolität auf die Spitze zu treiben, haben die Arbeitgeber die Forderung aufgestellt, die Arbeiter sollten ein Recht der Arbeitgeber, Massenaussperrungen vorzunehmen, förmlich anerklären!

Man kann sich denken, welche Störungen im gesamten Erwerbsleben des dänischen Volkes diese Massenaussperrung nach sich zieht. Der Kleinhandel leidet natürlich mit am schwersten.

Zur Ehre der Menschheit muß man anführen, daß auch solche bürgerliche Blätter, die sonst die Interessen der Arbeitgeber als maßgebend erachten, die Brutalität der dänischen Kapitalisten tadeln. Leider aber nimmt die Mehrzahl der bürgerlichen Blätter auch hier wieder gegen die Arbeiter Partei und hat nicht einmal tadelnde Worte gegen die deutschen Arbeitgeber, die dem dänischen Büttel Dienste leisten und die arbeitswilligen Dänen auch in Deutschland am Arbeiten hindern, in derselben Zeit, da sie die Buchthausvorlage als unerlässlich bezeichnen.

Die Arbeiter aller Länder haben triftige Gründe, ihren dänischen Genossen in diesem Kampfe thatkräftig beizustehen. Denn das Beispiel der dänischen Bourgeois wird, wenn sie den Sieg erringen, Nachahmung finden, u. a. m. e. l. i. c. h. in Deutschland, wo man den Versuch machen wird, auf dem in Dänemark gewiesenen Wege Erfolg für die Buchthausvorlage zu schaffen, wenn diese scheitert.

Die Vorgänge in Dänemark zeigen wieder einmal, wie weit die industrielle Prokonschafft zu gehen im stande ist, die das ganze Jahr über den angeblichen Terrorismus der Arbeiter schreit!

Welch eine Unsumme von Elend und Not, die da durch die Hartherzigkeit, die Unmuth und die Profitwut der Unternehmer verursacht wird! Man sollte es nicht für möglich halten, daß Menschen so mit salter Überlegung ihre Mitmenschen nach Tausenden ins Elend stürzen. Über wer da weiß, wie sehr im modernen Produktionsprozeß die Gemüter der Kapitalisten verhärtet werden, der wundert sich über nichts mehr.

Seuilleton.

Nachdruck verboten.

Ein Kampf ums Recht.

Roman von Karl Emil Franzos.

Da, plötzlich — die Sonne stand eben in der Mittags-höhe — tönte ein gellender Pfiff von der „roten Schlucht“ her: das Zeichen der Wache, daß Fremde nahten. Und als die Männer ihren Blick dahin wendeten, sahen sie einen halbwüchsigen Jungen auf einem kleinen Klepper den steilen Abhang hinabgaloppieren. „Der Bursche ist toll!“ schrien sie auf, „er muß ja sterben.“

Auch Taras wendete den Blick dahin und wurde bleich; er hatte den Jungknecht Halko erkannt. „Den Meinen ist ein Unglück geschehen!“ schrie er auf und eilte ihm entgegen.

Der läuhte Bursche war trotz der tollen Gangart, zu der er den Klepper zwang, glücklich bis zu jener Felspforte gelangt, welche die Schlucht schloß. Da erst, bei dem letzten, furcht- und überschlag sich das Tier und schleuderte seinen Reiter an die Felswand. Den Männern entfuhr ein Schrei des Entsetzens. Aber nur das Tier blieb hilflos liegen, der Bursche hingegen schnellte gewandt wie eine Klaue wieder empor und eilte auf Taras zu.

„Der Bräune ist zu schanden,“ stieß er atemlos hervor, „aber ich habe meinen Auftrag erfüllt. Kurz nach Mittag bin ich bei Dir. Höre, was die Dein Weib sagen läßt!“ Und er berichtete die Unterredung der Anna mit dem Kommissar. Voll Spannung lanschend standen die

Männer im Kreise, nur zuweilen unterbrach ein Ruf oder ein derber Fluch die Erzählung des Burschen. „Die feigen Hunde!“ riefen sie, „zu uns trauen sie sich nicht empor, aber mit Weibern führen sie Krieg!“

Taras allein schien ruhig zu bleiben. „Gut,“ sagte er, nachdem Halko geendet. „Der Schreiber reist noch heute zurück?“ fragte er. „Nun, da wollen wir ein Wörtchen mit ihm sprechen! Habe die Güte, Julko, ihn mir baldmöglichst hierher zu bringen. Natürlich heil und unverletzt, die Augen verbunden. Verzeih, aber ich selbst kann ja leider nicht abkommen... Du, Julko, lehre heim, sage meinem Weibe, sie könne ruhig sein.“

Der „Edelfalke“ ließ seine Leute flugs ausspringen und war nach wenigen Minuten auf dem Wege ins Bruththal. Taras aber wendete sich wieder seiner Aufgabe zu, jedes Mannes Waffen zu prüfen, Pulver und Blei, sowie den nötigen Proviant verteilen zu lassen und die sonstigen Vor-

bereitungen für den nächtlichen Zug zu treffen. Wer ihn so schaffen sah, hätte nimmer ahnen können, daß er soeben eine Nachricht empfangen, einer Begegnung entgegenging, die für sein besorgtes Herz von höchster Bedeutung sein müssten. Mit sinkender Dämmerung war alles bereit. Die Männer standen harrend neben ihren Rossen und lauschten ungeduldig nach der Waldschlucht hin, ob Julko noch nicht zurückkehrte. Aber der letzte Tagesschein verblieb, die Sterne begannen heller zu schimmern, die tiefe, dunkle Nacht breitete sich über den Bergwald, und noch immer ließ sich kein anderer Laut vernehmen, als das leise, fast metallisch klingende Sausen in dem Föhrengezweig und fernab das Gefächle eines Uhus.

„Der Toten vogel!“ flüsterten die Männer einander scherhaft. „Wer weiß, ob Julko wiederkehrt.“

Taras achtete nicht darauf, er war in tiefe Gedanken

versunken. Ihm selbst war, als der Schrei des Uhus aus der Ferne an sein Ohr schlug, die Frage im Gemüte wach geworden: „Vielleicht gilt der Ruf Dir!“ Dieser unheimliche Ton von außen her passte zu der Stimme, die in ihm rief: „In der nächsten Stunde wirst Du Menschenblut vergießen!“

Emilian trat auf den Wachenden zu. „Herr,“ sagte er besorgt, „sie bleiben sehr lange aus.“ Taras fuhr zusammen und starzte ihn an. Der Knecht wiederholte seine Worte.

„Daran liegt nichts,“ erwiderte er mit auffallend lauter Stimme — es war, als ob er sich selbst überschreien wollte — und richtete sich auf. „Julko ist des Schreibers später habhaft geworden, und der Weg durch die Waldschlucht ist selbst bei Tage nicht bequem... Ihr fürchtet Euch wohl in der Dunkelheit, Ihr großen Kinder?! Nun, so zündet ein Feuer an. Da können sich dann auch gleich jene von Euch, die noch nie einen Schreiber gesehen, unsern werten Gast bequem beschauen.“

Die Worte wirkten wie eine Erlösung; sie nahmen blitzschnell den Raum des Unheimlichen von den Seelen. Und als nach wenigen Minuten ein mächtiger Holzstoß aufsprang, Licht und Wärme spendend in der kühlen, dunklen Frühlingsnacht, da feierte vollends die alte Zuversicht zurück, und das schöne Bangen schlug in tollen Übermut um. Sie bildeten einen Kreis um das Feuer, Karol Wygoda, ein Bauer aus Kolzmann, murkte seinen Dudelsack hervorholen, und sie begannen sich nach dem Reigen der Hora zu drehen, jenes wilden, seltsamen Tanzes, der den Karpathen-Bewohnern aller Zungen gemeinsam ist und hier, zu dieser Stunde, von diesen Männern ausgeführt, wieder zu dem wurde, was er wohl ursprünglich gewesen: ein Kriegs- und Waffentanz.

Politische Übersicht.

Vom groben Unfug in Bayern.

In München hat bekanntlich die Staatsanwaltschaft eine Haupt- und Staatsaktion wegen groben Unfugs eingeleitet, der dadurch begangen sein soll, daß in öffentlichen Versammelungen und in der Presse die Buchhausvorlage ein Schandgesetz genannt worden ist. Fünf Genossen sind bereits deswegen zu Geldstrafen verurteilt worden. Jetzt veröffentlicht die Münchener Post die Begründung des Urteils, das den Genossen zugestellt worden ist.

Die Angeklagten, die in einer Volksversammlung die Buchhausvorlage Schandgesetz genannt hatten, bestreiten, groben Unfug verübt zu haben, und mehrere Zeugen erklärten auch, kein Vergehen an der Bezeichnung genommen zu haben. Dagegen erklärte der Polizeikommissar Weiß, daß er sich „Über den Ausdruck geärgert“ habe, ebenso ein Polizeikommissar Geißbeck. Auf Grund dieser Aussagen kommt die Begründung zu dem Schlus:

Die Angeklagten waren schuldig zu sprechen. Es kann nicht beweist werden, daß tatsächlich auch durch Neuerungen, sei es, daß sie öffentlich, mündlich oder in der Presse gemacht sind, die Allgemeinheit als solche, das Publikum ungebührlich belästigt werden kann.

Es ist nur an läugnerisch verbreitete hochwichtige politische Ereignisse von großer Tragweite zu erinnern.

Eine solche Belästigung wirkt sogar weit anhaltender und empfindlicher als ein meist nur von wenigen beobachteter kurz vorübergehender Straßentum.

Könnte daher — wie die Verteidigung meint — auf den durch Wort und Schrift verübten Unfug der § 360 Blff. 11 eine Abwendung nicht finden, dann wäre es allerdings dringend geboten, diese Lücke im Wege der Gesetzgebung auszufüllen.

Diese Lücke bestehe aber nicht. Es genüge, festzustellen, daß die Anerkennung geeignet gewesen sei, das Publikum ungebührlich zu belästigen.

Die Bezeichnung einer solchen verfassungsmäßig behandelten Gesetzesvorlage als „Schandgesetz“ enthält nicht nur eine beleidigende Kritik der Vorlage selbst, sondern auch eine bewußte Schmähung des gesetzgebenden Organs, das die Vorlage gemacht hat und zwar eine Schmähung, die zweifellos dazu angeht, daß Ansehen dieses hohen wichtigen Organes des deutschen Reiches in der öffentlichen Meinung herabzuwirken.

Die bewußte Herabwürdigung eines gesetzgebenden Faktors des deutschen Reiches sei über geeignet,

bei allen Deutschen, die das Ansehen der Reichsverfassung und der nach derselben zur Ausübung der Gesetzgebung berufenen Organe hochgehalten und geachtet wissen wollen — und das ist denn doch noch die Mehrheit des deutschen Volkes — große Erregung und Entrüstung hervorzurufen, sonach auch geeignet, eine unbestimmte Anzahl von Personen ungebührlich zu belästigen — § 360 Besser 11 R. St. G. B.

Dann heißt es in dem Meisterwerk von Begründung weiter:

Ebensoviel ist von Belang, daß die Anwesen den Anerkennung Besitz spendeten, da ein grober Unfug auch da stattfinden kann, wo, wie eine Entscheidung des Oberlandesgerichts München aussieht, er infolge eines durch Gewohnheit verbildeten Urteils als solcher nicht empfunden wird.

Die Beschimpfung war eine vorsätzliche Handlung, da die Angeklagten sie selbst als solche empfanden und sich sagen mußten, daß diese Schmähung des Bundesrates auf weite Kreise verlebend wirken könnte; mehr, insbesondere eine Absicht, diese Wirkung herbeizuführen, wird vom Gesetz nicht verlangt.

Als strafmildernd wird aufgeführt, daß durch die mehr erwähnte Gesetzesvorlage tatsächlich eine alterdings auch zum Teil lästig geschärzte Erregung, insbesondere in Kreisen der Arbeiter, welchem Kreise die Angeklagten zumeist angehören, besteht, endlich, daß, wie das Schöpfgericht meinte, es genügend sei, lediglich eine Mahnung auszusprechen, daß die öffentliche Kritik die erlaubten Grenzen nicht überschreiten, insbesondere hierbei grobe Beleidigungen von Personen und Behörden vermeiden soll.

Die Begründung des Urteils wird mit Recht allgemein Aufsehen erregen. Zum Verüben des groben Unfugs gehörten bisher bekanntlich immer zwei, einer, der ihn verübt, und einer, der daran Vergessen nimmt. Hier wird nun ausdrücklich ausgeführt, daß zur Verübung des groben Unfugs es gar nicht gehört, daß jemand daran Vergessen nimmt. Wenn nun die Sache so konstruiert werden kann, daß möglicherweise jemand hätte Vergessen nehmen können, so genügt das schon zur Feststellung des Thalbestandes. Das eröffnet wunderbare Aussichten für die zukünftige Rechtsprechung in Bayern.

Das Urteil des Berliner Landgerichts
über die sächsische Rechtsprechung wird in der Süddeutschen Post ebenso glossiert wie in dem Organe des Hochindustrieausschusses, den Berliner Neuesten Nachrichten. Auch sie sieht in dem Urteil nur einen Beweis für die dringende Notwendigkeit eines neuen Sozialistengesetzes. Die Leipziger Zeitung gibt den wesentlichen Teil des Urteils wieder und bemerkt dazu, sie sei trotz alledem noch wie vor der schon am 19. Juni ausgetrockneten Ansicht, daß der allgemeine Grundsatz der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gerichte „nicht verletzt sei, und zwar um deswillen nicht, weil der Thalbestand“ einer an sich erlaubten Handlung ein anderer werde (1), wenn sie von Angehörigen einer Partei ausgeht, die damit etwas Ungeheuerliches bezeichnete.

Es urteilen aber nicht alle bürgerlichen Blätter so fanatisch wie die Blätter vom Schlag der Post und der Leipziger Zeitung. So wendet sich die Dresdener Zeitung gegen die Dresdener Nachrichten, indem sie in einem -ch. gezeichneten Artikel schreibt:

Das Blatt vertritt also hier unumwunden den Grundsatz, daß das Recht zu Gunsten der Staatswohlfahrt gebraucht werden darf. Es sagt der Moral die Politik entgegen und geht der richterlichen Gewalt das Recht zu, im Staatsinteresse jene gesetzlichen Schranken zu durchbrechen, die zum Schutz der Freiheit des Volkes errichtet worden sind. Aus dieser sittlich verwerflichen Ansicht spricht die krasseste Parteiherrschaft, die man sich denken kann. Wenn nur die Wohlfahrt des Staates (man lese richtig: die Wohlfahrt der eigenen Partei) gefordert wird, dann stimmt man sich wenig darum, ob durch die angewandten Mittel die Gerechtigkeit Gefahr läuft, vernichtet zu werden. Und die Gerechtigkeit ist unrettbar verloren, wenn es in dem Erniedrigung des Richters steht, große Parteigruppen für minderen Rechten zu erklären, ohne hierzu von den gezeigenden Faktoren — nicht zu verwechseln mit der regierenden (wollziehenden) Gewalt — ermächtigt zu sein. Es herrscht dann nicht mehr das Gesetz, sondern die Wolltke. Die Gerichte haben aber in einem Rechtsstaate nur den einen Zweck, der Gerechtigkeit zu dienen. Sie würden aber ihre Aufgabe vollständig verfehlten, wenn sie es als ihre Pflicht ansiehen würden, die Staatswohlfahrt auch auf Kosten der Gerechtigkeit zu fördern. Gewiß ist die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Staates ein törichtes Gut, aber noch törichter ist die Gerechtigkeit. Denn die Geschichte der Menschheit ist ein fortgesetzter Kampf um die Herbeiführung von Zuständen, die Wille für Schranken setzen und ein möglichst hohes Maß von Gerechtigkeit und Freiheit verbürgen. Stellt man das Staatsinteresse über die Gerechtigkeit, so wird man stets mit dem heftigen Widerstand der Massen rechnen müssen, einem Widerstand, der die Wohlfahrt des Sta

höchste feste Anteil der Reichskasse verbleibt, haben gegen das Etatsholl 67918000 Ml. mehr eingebracht. Bei den den Bundesstaaten im volken Reinertrag zustehenden Steuern sind gegen den Etat aufgekommen: bei der Verbrauchsabgabe für Branntwein 1545000 Ml. weniger, bei der Stempelabgabe für Wertpapiere, Kaufgeschäfte und Dokumente 2750000 Ml. mehr. Diese Abweichungen von der etatmäßigen Voranschlagszahlung finden ihren Ausgleich durch entsprechende Veränderungen der unter den Ausgaben angeführten Überweisungen an die Bundesstaaten. Im ganzen stellen sich die Überweisungen unter Überübersichtsziffer der nachträglichen für das Etatjahr 1894/95 vorgenommenen Abrechnung auf 467586000,14 Ml., das sind 26258308,14 Ml. mehr, als im Etat vorgesehen.

Von den dem Kaiser verbleibenden Steuern haben gegen den Etat Mehrerträge ergeben, die Budersteuer 8165000 Ml., die Salzsteuer 560000 Ml., die Maischbottichs- und Branntweinsteuern 3267000 Ml., die Brauosteuer 1802000 Ml., der Spielfartenstempel 70000 Ml., die Wechselseitstempelsteuer 1708000 Ml., die statistische Gebühr 93000 Ml. Die Einnahmen an Brennsteuern, die in der Gestalt von Vergütungen für ausgeführten oder zu gewerblichen Zwecken verwendeten Branntwein wieder zur Herausgabe gelangt, beläuft sich auf rund 639000 Ml. Außerdem ist dem Kaiser, wie schon erwähnt, ein gegen die etatmäßige Erwartung um 42400000 Ml. erhöhter Anteil aus den Einnahmen an Zölle und der Tabaksteuer zu gute gekommen.

Die Betriebsverwaltungen haben sämtlich Mehr-Ueberschüsse geleistet, und zwar die Post- und Telegraphenverwaltung 7650000 Ml., die Reichsbank 622000 Ml. und die Verwaltung der Reichseisenbahnen 285000 Ml. Ferner sind gegen den Etat mehr aufgetreten: aus dem Bankwesen 8030000 Ml., bei den verschiedenen Verwaltungsbehörden — mit Einschluss der oben angeführten Einnahmen der Militärverwaltung und der außerestatmäßigen Einnahmen bei der Verwaltung des Gouvernements Klaitschou 8302000 Ml. Mindererträge haben ergeben die Binnen- und der Kapitalaufschuß des Reichsinvalidefonds 842000 Ml. und die Ueberschüsse aus früheren Jahren 920000 Ml. An Matrikularbeiträgen sind nach der Feststellung im § 2 des Gesetzes vom 17. Mai 1893 (R.-G.-U. S. 181) 5000000 Ml. nicht zur Erhebung gekommen.

Im ganzen sind an ordentlichen Einnahmen, soweit sie dem Kaiser verbleiben, im Vergleich mit dem Etat 73150128,06 Mark mehr aufgetreten, wovon 178193,72 Ml. zur Deckung des Mehrbedarfs bei den Ausgaben um 42400000 Ml. in Gemäßheit des Gesetzes vom 25. März 1890 (R.-G.-U. S. 180) zur Verminderung der Reichsschulden verwendet sind, so daß als Ueberschuss des Rechnungsjahrs 1893 ein Betrag von 30576031,34 Ml. verbleibt.

* Berlin, 26. Juli. An Bord der Iphigenie soll Kaiser Wilhelm nach dem Peilt Uten zum französischen Kommandanten des Schiffes gesagt haben: "Ich bin sehr glücklich, mich an Bord eines französischen Schiffes zu befinden. Die französische Flotte ist die erste der Welt. Von der meinigen spreche ich nicht, sie steht noch in den Kinderschuhen (à l'état de l'enfant). Ihre bretonischen Seelen sind bewundernswert." —

Nach einem Bericht des Figaro hat der Kaiser gesagt:

"Ich gestehe Ihnen, Herr Kommandant, daß ich die französische Marine beneide. In meiner Flotte habe ich nicht solche Schiffe, wie diejenigen der Bretonen, die ich hier sehe. Die deutschen Seelen, die Sie auf meinem Schiffe sehen, sind das Beste, was ich besitze, aber die habe auch ich herangebildet (formés)."

Was hat nun der Kaiser gesagt? —

Kaiser Wilhelm wird nicht nach Paris gehen. In einer offenbar von der französischen Regierung inspirierten Note erklärt der Pariser Matin: Kaiser Wilhelm müsse es verstehen und verstehe es, daß kein deutscher Kaiser hoffen dürfe, einen zuvorkommenden, freundschafflichen und von Protesten jeder Art freien Empfang in Frankreich zu finden, — wosfern nicht vorher gewisse Fragen, die er nicht einmal erkennen wolle, gelöst würden. Weiter besagt die Note wörtlich: "Alles Entgegenkommen (avances), das er zeigt, alle Telegramme, die er bei besonders schmerzlichen Anlässen oder nach Aufsehen erregenden Begegnungen an unsere Regierenden richtet, haben zum alleinigen Ziel die Erleichterung der Unterhandlungen in solchen Fragen, in denen die Interessen beider Länder mit Nutzen gemeinsam vertreten werden können. Weiter nichts! Wilhelm II. wäre nicht der gut beratene Mann, als den wir ihn kennen gelernt haben, wenn er durch höfliche Worte unmögliche Herzlichkeit oder demütigende Entschuldigungen zu erlangen hoffte. Nein, gewiß, er wird nicht nach Frankreich kommen!" —

Die neu geschaffene Stelle eines Decernenten für Sozialpolitik im Reichsamt des Innern ist nach der Staatsr. Bdg. dem preußischen Regierungs- und Gewerberat Dr. Max Spengler übertragen worden. —

Die Nachricht von einer bevorstehenden Zusammenkunft des Kaisers und des Barons wird als unrichtig bezeichnet. Der Baron werde schon wegen der Seelenmesse für den vorbereiteten Borelli im August Russland bestimmt nicht verlassen.

Der Kaiser und der Radfahrsport. Der Kaiser interessiert sich bekanntlich lebhaft für die Entwicklung des Sports. Wie intensiv dieses kaiserliche Interesse ist, läßt sich aus einem Artikel der Zeitschrift: Der deutsche Radfahrer schließen, worin über ein Wettfahren in Mainz berichtet wird. Darin heißt es:

Das Hauptrennen aber, dem das größte Interesse entgegengebracht wurde, und das die Hauptattraktion für den enormen Besuch des Sportplatzes bildete, das Herausfahren des vom Kaiser gefestigten Wanderprieses für Hochrad — stand nicht statt. Dem Rennprogramm gemäß sollte der Sieger in diesem Rennen den Preis erhalten. Da, in letzter Minute (die Fahrer des ersten Vorlaufs standen mit ihren Rädern schon am Start), traf ein Telegramm vom Geh. Regierungsrat von Valentini aus Berlin ein, worin im Antrage des Kaisers mitgeteilt wurde, daß der Preis nur an einen der drei bisherigen Sieger verabfolgt werden dürfe. Sollte ein anderer Teilnehmer am Rennen eingeschritten werden, so könne dieser nur ein Diplom und die ausgezeichnete goldene Medaille erhalten. Diese Verfestigung des Kaisers führte zu recht unlesbaren Szenen. Das Publikum verlangte demonstrativ das Aussahren des Preises, das Schiedsgericht, gebildet aus Präsidialmitgliedern der "Union", wollte es aber nur gestatten, wenn dem Willen des Kaisers entsprochen würde. Döschon die beiden Vorläufe gefahren wurden, mußte der Entscheidungslauf ausgetragen werden. Herr Drescher verwahrte sich energisch gegen die in letzter Minute eingetroffene Verfestigung, es half ihm aber so wenig, wie dem protestierenden Fahrer, die Schiedsrichter blieben dabei: dem in dem Telegramm ausgedrückten Willen des Kaisers müsse entsprochen werden. Der Vorstand der "Union" beschloß, daß es sogar erst im nächsten Jahre geschehen sollte, aber wie wir in später Stunde noch hörten, soll es doch vielleicht heute noch geschehen, aber nur unter den anwesenden bisherigen Siegern des Preises. Die freuden Fahrer, die eigens wegen der Konkurrenz hierher kamen, fordern Erfah all ihrer Kosten.

Der Vorgang zeigt, wie genau der Kaiser trost der ihm auferlegten Arbeitslast sich über jede einzelne sportliche Frage auf dem Laufenden erhält.

Die Fälschung des Reichstagstrogramms wird in der Presse weiter erörtert, ohne daß neue Gesichtspunkte aufgestellt würden. Wichtiger als die weitere Erörterung jener Auseinandersetzung, schreibt nun die Freie. Bdg., scheint uns der Umstand,

dass seit jener Zeit die Medien und Telegrame des Kaisers nicht mehr im nichtamtlichen Teil des Reichsanzeigers, sondern in der Nordb. Allgem. Zeitung veröffentlicht werden. Das letztere scheint uns nicht Unfall zu sein. Solche Veröffentlichungen würden nach dem Vorlaut der Ballestreitischen Erklärung trotz ihrer Authentizität parlamentarisch nicht erörtert werden dürfen. Wir haben seiner Zeit fogleich darauf aufmerksam gemacht, daß es selbst vom Standpunkt des Grafen Ballestreit unrichtig war, die authentische Wiedergabe einer Auseinandersetzung des Kaisers in der Veröffentlichung nur durch den Reichsanzeiger zu erkennen.

Geheimnisvolle Andeutungen macht der Berliner Richterstaat der Frankfurter Zeitung in einem Artikel über die Reichstagstrogrammfälschung. Er schreibt da:

Wir sind die lebten, die etwa an die Möglichkeit politischer Intrigen in Preußen-Deutschland nicht glaubten! Im Gegenteil. Was in den Prozessen Becker-Eggers und von Tauch an verwegenen Intrigantentum enthalten worden ist, noch viel mehr aber das, was in dem Prozess Tauch durch Einflüsse, über die später auch noch einmal nicht verbreitet werden muß, der Enttäuschung entzogen worden ist — das hat allen denen, die es nicht schon wußten, gezeigt, daß auch in einem geordneten modernen Staatswesen, unter der offiziellen Oberfläche geradezu romantisches politische Intrigen und ein Intrigantentum möglich ist, das seine Fäden und Wirkungen bis in die höchsten Kreise erstreckt. Wir haben gar keinen Grund, allzu phantastisch über französische Zustände zu urteilen. Auch bei uns hat es gefälschte Briefe, gefälschte Dokumente, sogar mit Wissen eines Ministeriums, gegeben; es ist mit Verkleidungen und falschen Päten operiert worden, und der Tod eines Mannes, der als Zeuge in der Sache der berühmten Briefe an die Hofgesellschaft eine Rolle spielen sollte, gilt sehr ernstlichen Personen für unausgeführt. Die Macht der Neberträchtigen in der Politik ist groß; es läuft manche Persönlichkeit herum, die diesen Satz ebenso fröhlich wie glänzend illustriert.

Wenn der Mann das alles so genau weiß, warum erwirbt er sich nicht ein Verdienst ums Vaterland und rückt offen mit der Sprache heraus?

Eine zeitgemäße Erinnerung. Die Berl. Volkszeitung empfiehlt den Feinden der akademischen Lehrfreiheit, die jetzt aus Anlaß der Freisprechung unseres Genossen Dr. Arons ein wildes Indianaertheater versuchen, sich folgender Grundsätze aus der Stiftungsurkunde einer deutschen Universität zu erinnern, wenn einmal ihre Nachfrage nach neuen Hochschulabschlußen eintritt:

Wer sich erkämpft, einen eigenen neuen Gedanken zu verfolgen oder wer gar seine Lehren über die der Alten zu stellen wagt und deren Lehren entgegenzutreten sich herausnimmt, der soll als ein Verächter des Heiligen angesehen und als lächerlich erachtet werden; denn solche Annahme kann allein ihren Grund haben in Unkenntnis der Lehren des Altertums, in Beschränktheit und Stumpfsein!

So zu lesen in dem Stiftungsdokument der 1576 begründeten Academia Julia Carolina zu Helmstedt, die vor neunzig Jahren aufgehoben worden ist.

Dem Vosselius würde ein Zurückgreifen auf Jahrhunderte alte verstaubte Statuten wohl entsprechen.

g. Bochum, 25. Juli. Gestern hat sich das hiesige Landgericht ausschließlich mit wegen der Herner Streitkunst, Verhafteten beschäftigt. Verurteilt wurden neun Männer, den Namen nach Polen, freigesprochen nur Alb. Leclerc, Koriolanowski, Szypura und Gluminski erhielten je 9 Monate Gefängnis wegen Rötzigung, Thätigkeit gegen Arbeitswillige, bez. Widerstand gegen die Staatsgewalt. Wegen derselben Vergehen erhielten Al. Kornieczuk 1½ Jahr und J. Sobik 1 Jahr. Wegen Aufstehs und Thätigkeit gegen Arbeitende Egidius Simini 2 Jahre, Jos. Klossow und A. Lipiński je 1 Jahr. Wegen vermeister Rötzigung Ml. Pawłak 8 Monate. Das sind zusammen 9 Jahre Gefängnis. Heute steht wieder eine Anzahl Streitender vor den Schranken. Der Staatsanwalt beantragte noch weit über die erkannten Strafen hinausgehende Strafmale. Die Herner Polizei hat inzwischen von Seiten der Stadtverordneten die "wärnste Anerkennung" ausgesprochen erhalten und ist für die Aufrüttungen jener Tage mit 100 resp. 50 Ml. Extra-Remuneration bedacht worden. Um in Zukunft die Vergleute noch besser im Banne zu halten, wurde auch beschlossen, noch drei neue Polizeibeamte anzustellen.

Währenddem hat auch die Harpener Bergbauengesellschaft, der die Begehrungen gehörte, wo der Streit zuerst mit ausbrach, den Rechenschaftsbericht für das Geschäftsjahr 1898/99 veröffentlicht. Der Ueberschuss ist seit vier Jahren von 5013400 Ml. auf 8978800 Ml. gestiegen. Im Juni d. J. betrug der Unternehmergegenwert aus 24 Arbeitstagen 758000 Ml. Der Ausfall infolge der Herner Unruhen betrug infolge Förderverminderung 35000 Ml. eine winzige Summe gegenüber dem Niedergewinn des letzten Jahres und letzten Monats. Schon die 35000 Ml. zur rechten Zeit den schlechtesten Arbeitern als Lohn erhöhung gewährt, hätten die Leute eher beruhigt als Säbel und Klinte und die harten Gefangenstrafen, auf die nun erkannt wird. Es sind zwar nicht wie in Italien Kriegsgerichte, die über die armen Schlucker zu Gericht sitzen, aber auch die ordentlichen Gerichte thun bei uns, wie man wieder sieht, ihre Schuldigkeit im Interesse des Staates und der heutigen Wirtschaftsordnung im vollen Umfange.

Königsberg i. Pr., 25. Juli. In recht bemerkenswerter Weise hat eine Verhandlung vor dem hiesigen Landgerichte Bicht in eine dunkle Wahlgeschichte gebracht. Der Justizmann Karl Becker aus Legitten hatte am 17. Juni v. J. in Gegenwart mehrerer Personen geäußert, der Vorstand des dritten Wahlbezirks der Kreise Babiau-Wehlau habe bei der am Tage vorher stattgefundenen Wahl die Stimmzettel vertauscht. Für den Genossen Rechtsanwalt Haase seien einige 40 Stimmzettel abgegeben worden, während in der Wahlurne nur 24 davon vorgefunden wurden. Als diese Anerkennung zu Ohren des betreffenden Vorstandes gelangte, wurde Becker wegen öffentlicher Beleidigung angezeigt und am 23. November v. J. von Schöffengericht in Babiau zu vier Wochen Gefängnis verurteilt.

Gegen dieses Erkenntnis legte Becker Berufung ein und ließ zum Beweise der Richtigkeit seiner Behauptung fast alle Einwohner von Wulfshagen als Zeugen laden. Der Wahlvorstand erklärte, daß die Wahl geheimnislos geleitet worden sei. 28 Zeugen befanden unter dem Eid, Haase gewählt zu haben. Vorgefunden wurden dagegen in der Urne nur 24 auf Haase lautende Stimmzettel. Neben den Verbleib der fehlenden Stimmzettel konnte nichts ermittelt werden. Der Staatsanwalt hatte eine geradezu geniale Idee, wie die Differenz an Stimmen erklärt werden könnte. Er sagte, es sei eine Verwechslung seitens der Wähler nicht ausgeschlossen, da sie am Wahltag mehr oder weniger betrüiken gewesen seien. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Jacoby, war dagegen der Ansicht, daß der Wahrheitsbeweis gelungen und der Angeklagte daher freizusprechen sei. Der Gerichtshof hielt den Wahrheitsbeweis nicht für erbracht.

Die Wahl sei nach den Zeugenaussagen ordnungsmäßig erfolgt, die Stimmendifferenz, die sich herausgestellt habe, könne nur aus den vom Staatsanwalt angegebenen Gründen erklärt werden. Das Urteil wird sicher überall die gebührende Beachtung finden.

G. Aus Elsaß-Lothringen, 24. Juli. Nach den übereinstimmenden Berichten der Tagesblätter stirzten am verlorenen Sonnabend in Mülhausen, als das Infanterieregiment Nr. 112 trotz der geradezu afrikaniischen Hitze erst gegen Mittag von einer Feldübungsstätte heimkehrte, zwei erst tags zuvor eingestellte Reserveisten infolge der ausgestandenen Strapazen auf offener Straße bewußtlos zusammen. Einer der beiden, Unteroffizier der Reserve Fahnenjäger Schneider, ein Familienvater, starb schon nach einer Stunde an den Folgen des Hitzeschlages. Der andere vermochte sich erst nach Verlauf einer Stunde wieder weiter zu schleppen.

In Lothringen hatte die forcierte Reiterei der Kavallerie, offizielle doritige Garnisonen um den jedes Jahr zur Beliebung kommenden Kaiserpreis für die dabei verwendeten Pferde recht traurige Folgen. Die Anforderungen, die dabei an Mann und Pferd gestellt werden, grenzen an das äußerste der Leistungsfähigkeit, da es sich bei den Ritten um Entfernungen von über 120 Kilometer handelt. Am Sonnabend mußte ein Offizier sein infolge der ungeheueren Hitze fast zu Tode gehechtes Tier in Bischborn in verendendem Zustand zurücklassen. Das Pferd eines anderen verendete, nachdem es abgestellt war, eine Viertelstunde später in Tencin, dem Endpunkt des Rittes.

Alle politische Nachrichten. Der Reichstagssabgeordnete für den pfälzischen Wahlkreis Germersheim, der nationalliberalen Gander-Steinweiler, soll beabsichtigen, sein Mandat nieberzulegen. Er ist darüber verschwiegen, daß er nicht auch für die Landtagswahlen als Kandidat aufgestellt wurde. Die Nationalliberalen befürchten, daß bei einer Nachwahl das Reichstagssmandat an das Centrum verloren gehen könnte. Gander ist mit Unterstützung des Bundes der Landwirte gewählt. — Die Versammlung der Elberfelder Stadtverordneten lehnte einstimmig, wie die Elberfelder Zeitung berichtet, die Vereinigung der Städte Elberfeld und Wanne ab, erachtete es jedoch als erproblich, wenn alle gemeinsamen und gleichartigen Interessen in einem festen Zusammenschluß unter dem abwechselnden Vorstehe selber Oberbürgermeister beraten würden.

Oesterreich-Ungarn.

Protest gegen die Staatsstreichwirtschaft.

Zu ganz Oesterreich regt sich die Empörung über das Wirtschaften auf Grund des § 14. So nahmen die Gemeindevertretungen einer großen Anzahl von Städten Deutschösterreichs, wie aus Reichenberg (Böhmen) unter dem 25. Juli gemeldet wird, eine vom Reichenberger Stadtrat zugesandte Protestkundgebung gegen den § 14 an.

Niederlande.

Die Friedenskonferenz.

Haag, 25. Juli. In der heutigen Sitzung der Friedenskonferenz wurde der Schiedsgerichtsentwurf ohne Erörterung und ohne Änderung angenommen. Er ist damit definitiv geworden.

Die amerikanischen Delegierten erklärten, daß es sich von selbst verstehe, daß die Konvention für das Schiedsgericht in seinem Interesse Amerika die Beipflichtung auferlege, sich in europäische Angelegenheiten einzumischen, noch Europa zwinge, sich in Fragen, die ausschließlich Amerika betreffen, zu mischen. Die Frage des Beitrags zu den Konventionen von seitens der nicht an der Konferenz beteiligten Staaten wurde ausführlich erörtert.

Ein Beschlusß wurde in dieser Hinsicht nicht gefasst, da die Delegierten sich mit ihren Regierungen in Verbindung setzen wollen. Der Schluß der Konferenz ist nicht vor Sonnabend zu erwarten.

Italien.

Vom Staatsstreichsdecret.

■ Mailand, 24. Juli. Das am 20. Juli in Kraft getretene königliche Dekret, das die beschworenen Volksfreiheiten mit einem Federstrich vernichtet, ein Höhepunkt der Prinzipien des modernen Staatswesens ist, den Civilbelagerungszustand über ganz Italien verhängt, dieser Alt der Revolution von oben ist das Werk der klassenherrschaftenden norditalienischen Bank- und Industriekapitalisten und der süditalienischen Katholiken, deren Vertreter die Kameradschaft ausmachen. Die Aushebung des Vereins- und Versammlungsrechts, die Knebelung der Presse hatte den von der Regierung gewünschten Erfolg nicht: von der erwarteten Revolte keine Spur. Dem sich seines Rechts bewußten Teil der Bevölkerung (der größere Teil), ohne politische Überzeugung, aus hungernden Analphabeten bestehend, wird von den politischen Maßnahmen gar nicht berührt) bleibt jetzt nur eine Waffe, der Stimmzettel, und diese Waffe wird er mehr als je in einmächtigem Zusammensein aller Parteien der Volksparteien benutzen, wie es bei den Gemeindewahlen schon geschah. Und je länger die allgemeinen politischen Wahlen hinausgeschoben werden, desto mehr wächst das Heer der Volksparteien durch Desertion aus dem Lager der Königsstreuen. Wollte doch die Ironie des Schicksals, daß gerade ein monarchisches Blatt, die königliche Italia, am 20. Juli wegen Kritisierung des Dekrets beschlagahnhmt wurde. Der Verfasser des Artikels, Abg. Arbib, ist monarchischer als der Monarch. Gleicher Schicksal widerfuhr dem Venetianer Adriatico, einem liberalen Blatt, das seit zwanzig Jahren nicht vom Fiskus besteuert worden war. Der Bologneser Gerichtshof dagegen ignorierte das Dekret und läßt dem Resto del Carlino ruhig die Berichte über einen Beleidigungsprozeß in ausführlicher Weise, den Vorschriften des Dekrets entgegen, veröffentlichen.

Am 22. Juli begann in Mailand der Prozeß vor dem Geschworenengericht gegen drei vom Militärgericht in Contumaz verurteilte Genossen: Mantovani, früher Schriftführer der aufgelösten Liga der Eisenbahner, Perugini, Expräsident der Organisation der Maschinisten, und Pazzari, einem Schulschreiber, die sich freiwillig stellten und Erneuerung des Prozesses erlangten; die beiden ersten hatten je 15 Jahre, Pazzari 12 Jahre vom Kriegsgericht zudiskutiert bekommen. Einige der besten Genossen, Roncioni, dem 15 Jahre, und Della Valle, dem 12 Jahre zudiskutiert wurden, sind noch im Ausland. Schon im ersten Verhöre trat die Unhaltbarkeit der Anklage zu Tage und wie Pescetti werden alle freigesprochen werden müssen.

Wie uns unser Korrespondent weiterhin unter dem 24. Juli meldet, sprachen die Geschworenen Mantovani, Perugini und Pazzari, die seiner Zeit vom Kriegsgericht in Contumaz zu insgesamt 42 Jahren Buchthaus verurteilt worden sind, einstimmig frei.

Achtung, Radfahrer, Stötteritz.

Donnerstag den 27. Juli abends 9 Uhr

Grosse öffentliche Versammlung

im kleinen Saale des Gathoßs z. Löwen.

Sehr wichtige Versprechungen.

Erscheinen unbedingt notwendig.

Der Einberuber.

Alle in städtischen Betrieben

beschäftigte Arbeiter.

Freitag den 28. Juli abends 9 Uhr

Grosse öffentliche Versammlung

im Coburger Hof, Windmühlenstraße.

Zugangsordnung: 1. Vortrag über die Bewegung der städtischen Arbeiter.
Referent: Herr Bruno Poersch aus Berlin. 2. Diskussion. 3. Wie stellen wir uns zu der Vertretung im Gewerkschaftsrat event. Wahl zweier Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

[8219]

Central-Kranken- u. Sterbekasse d. Tischler

und anderer gewerbtl. Arbeiter (Sitz Hamburg)

Zahlstelle Plagwitz und Lindenau.

Sonntag den 6. August

[8220]

Großes Sommerfest

in sämtlichen Räumen des Goldenen Adlers

(Turnerheim) in Lindenau, Augerstraße.

Bestehend in Konzert und Ball, Prämienkegeln, Verlosung

und Belustigungen für Kinder.

Das Konzert wird ausgeführt von der Leipziger Musiker-Vereinigung.

Etwasiger Überschuss wird dem Invalidenfonds überwiesen.

Programme im Vorverkauf 15 Pf., an der Kasse 25 Pf.

Umfang 3 Uhr. Ende 2 Uhr. Die Ortsverwaltungen.

Restaurant Wohlfeld, Hohe Straße 43.

Morgen Donnerstag Grosses Schlachtfest.

Hierzu laden die hochgeehrte Nachbarschaft sowie Freunde und Bekannte
freudlich ein [8222] D. O.

Felsenkeller, Plagwitz.

Morgen sowie alle Donnerstage

Günther-Coblenz-Konzert

Nach dem Konzert Ball.

Eintritt 30 Pf.

Hierzu laden ergebnis ein [5971]

Vorverkauf 20 Pf.

Wilh. Canitz.

Jeder versuche Pedol

Das Beste für Schweißfüße

Das Beste zur Fußpflege.
Vorrätig in Apotheken,
Drogen- und Parfümerie-
handlungen ic.

à Flasche 1.50,
Monate lang ausreichend.

Konkurs-Ausverkauf.

Die Bestände des

Luft-, Weißwaren-, Schirm-, Schläpp- und Bäische-Geschäftes
des Fräulein Martha Thie, L. Reudnitz, Äußere Tauchaer
Straße 14, werden zu Einkaufspreisen abgegeben, um schnell damit zu
räumen. [8076] Der Konkursverwalter.

Das Festhalten von Waren jeder Art auf
dem zum Brauereigarten gehörigen Areal ist
nur gegen vorher eingeholte Erlaubnis gestattet.

Stötteritz, 25.7. 99. L. Seide.

Geisslers Kur-Bad

Dorotheenstr. 9. Vorzügl. Massage. Gute Erfolge bei fast
all. strahl. Naturgem. Beh. u. b. Ortskrankent. angel.

Nachdruck verboten.

Ehrenplicht.

Bei halten stets, was man verspricht, So im fernen Handel auch
Welt allgemein als Ehrenplicht. Wort! Stellit ist alter Brauch —
Das Sprichwort drum, „Ein Mann ein Drun altenwähre Häuser auf
In Geltung bleibt es immerfort. Sucht jeder auch heim Heiderau.
Wer sein gegeb'nes Wort nicht hält Wer rechnet auf Stellit
Achtem dann der Verachtung fällt! Zur Goldnen 24 geht.

Jetzt in herabgesetzten Preisen:

Ein Posten Herren-Anzüge, früher 10—36, jetzt 7½—24 M.
Ein Posten Herren-Paletots, früher 12—34, jetzt 8—22 M.
Ein Posten Herren-Havelocks, früher 12—24, jetzt 8—16 M.
Ein Posten Herren-Jacketts, früher 7—18, jetzt 4½—12 M.
Ein Posten Herren-Hosen, früher 4—16, jetzt 2½—11 M.
Ein Posten Burschen-Anzüge, früher 8—19, jetzt 5—13 M.
Ein Posten Knaben-Anzüge, früher 2½—10, jetzt 1½—6½ M.

Leinen- und Lüster-Sachen spottbillig!
Grösste, billigste und reellste Einkaufsquelle

Georg Simon [8209]

Zur Goldnen 24

Am Markt. 1. Et., 2. Katharinenstr. 2, I. Et. Am Markt.

Pract.-Verleih-Institut.

Berantwortlicher Redakteur: Richard Gilje in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

Alle Art Möbel

folgt die Leipziger Möbel-Vereinigung
zu den üblichen Preisen aus. Bestellungen
wollen gebrachte Werte, Vereine u. Private
in der Buchhandlung A. Gsch, Am
Markt, Nuerbachs Hof 12, aufgenommen.

Neubauers Bierhaus

L.-Reudnitz, Grenzstraße 24
empfiehlt fränkigen Mittagstisch.
Ergebnis Jul. Neubauer

Kartoffel-Ausgabe

frühe blaue, jeden Tag von früh 7 Uhr
bis nachm. 5 Uhr an der Feldscheune
am Tauchaer Weg in 9. Görlitz.
8187 Alwin Neumann.

Anger-Crottendorf, Zweinander

Strasse 19 H. Hofmann, geprüfter
Bildhauer. Billigste Bezugsquelle

für alle Uhren, Goldwaren u.
Münzen.

Reparaturen an Uhren jeder Art,
Schmuckstücken, Brillen, Münzenwerken ic.
Alle Rep.-Preise werden genau vorher
bestimmt u. nicht überschritten. [7648]
Abonnenten d. Volkszg. 10% Rabatt.

Butter!

Hermann Sommer
Hauptgeschäft Leipzig, Bayerische Str. 22
2. Geschäft Gurtsch, Delitscher Str. 52
offener: [7752]

Hochfeine Tafelbutter

Pfund 105, 112, 120 Pf.

Grosse schöne Eier. Stück 4 Pf.

Margarine, hochfein
bräunt und schmeckt wie beste Butter

Pfund 60, 70, 80, 90 Pf.

10 Proz. gebe auf Margarine, 4 Proz.
auf alle anderen Waren und trifft zu
diesem Zweck ein großer Posten Stein-
gut, Emaille und Holzwaren ein, welche
in meinen Geschäften elegant ausgestellt
werden, und können Sie sich bequem zu
Weihnachten für die Prozente eine kom-
plette Kücheneinrichtung gratis entnehmen.

Trauringe, massiv

4 Mark, Gold gestempelt, verkauft
Max Hille, jetzt Reichstr. 19.

Alle Uhren und Goldwaren billig.

Möbel Spiegel- und Polster-
waren in Auswahl billig.

G. H. Keller L.-Thonberg, Reitzenhainer Straße 49.

Special-Geschäft für Uhren.

M. Kemski 6 Nürnberger Str. 6
dicht am Johannisthal.

Schlagwerk- Regulator

wie nebenstehend
Tischbaumgehäuse mit Schlagwerk

halb und voll
schlagend, unter
reeller schriftlicher
5jähriger

Garantie für
richtiges Gehen
und Schlagen von

Mk. 9 an. [6109]

Nur Lefern der Volkszeitung
gewähre noch 10 Proz. Rabatt.

Echt goldene

Trauringe von 3.50 M. an [7852]

R. Becker, Banstädter Steinweg 33.

Best. dieser Zeitung 10% Rabatt.

Bilg! Bilg!

25 Kinder-

wagen sind einzeln mit 5 M. zu
zahlt u. wöchentlich 1 M. Abzahlung abzugeben.

S. Osswald Königsplatz 7, I.
gegenüber der Markthalle.

Ich kann es!

Complete
Braut-Ausstattungen
auf Abzahlung

von 1.50 pro Woche an
bei nur 20 M. Anzahlung

liefer ich

2 Bettstellen

2 Matratzen

1 Sofa

1 Schrank

1 Tisch

1 Spiegel

1 Küchenschrank

1 Küchentisch

1 Küchenstuhl

Möbel- u. Waaren-Creditgeschäft

von

[6824]

N. Fuchs

Kurprinzstr. 13, 1. Etg.

vis-à-vis der Markthalle.

Gestohlene

Dauerhafte Bettstellen mit guten
Sprungfedern (beste Arbeit) 24 M. [7111]
Dresdener Str. 23, Selteneb. L.
G. Böhme, Taegeler. (vis-à-vis Pantheon.)

Käufe und Verkäufe.

Schön-Kleiderf. 25.4. Sofa 25.4. Bettst.
m. Mr. 20.4. Sp. L. Sch. 2.4. Burgstr. 9. I.

Herrschäftsbetten à Gebett. 6. 9. 11. 50.
14. 17. böhm. Bettst. Pf. v. 45. 60.
80. 1. 1 bis 3. 25. 6. Nikolaistraße 8. I.

Photographischer Apparat sehr billig
zu verl. St. Fleischergasse 11, part.

Ein Kinderwagen billig zu verl.
St. Linz, Leipziger Straße 7, I.

Gebr. Cigarrenpresse zu verkaufen
St. Linz, Grenzstraße 9, IV.

Sofa 26. Kleidersch. 12. Tisch 4.50. Sch. 19.
nach. Journ. Sch. 889. M. Sch. 10. p.

Konzerthalle billig zu verkaufen
Volkmarstor, Bergstraße 24, III. I.

Eine Zimmerdecke billig zu verl.
Plagwitz, Almalienstraße 1a, III. I.

Zu verl. 1. 4. Tisch m. Wachstuch.
1. Sosatisch Sildstraße 15, Hof part. r.

1. Sch. Grudeofen, Dopp. Masch. bill.
zu verl. Plagwitz, Schmiedstr. 4, Hof II.

Bess. Kinderwagen m. Gummir. bill. zu
verl. Reudn., Obere Münsterstr. 2, I. 2. Th.

Fahrräder, Aussehen, best. Material, sehr leichter
Gang, verkauf sehr billig

Steinschöcker, Schleuh. Weg 27. II.

2 neue La Räder verl. umst. j. 180 u.
160. 6. Linden, Sophienstraße 18, I. r.

Gr. Garten, Lind, Angerstr., zu verl. ob. mit
g. Rad zu

Beilage zu Nr. 170 der Leipziger Volkszeitung, Mittwoch, den 26. Juli 1899.

Fortsetzung aus dem Hauptblatt.

Frankreich.

Gefangen versteht. — Eine Majestätsregelung. — Jeuge Esterhazy. — Quesnay de Beaurepaire Niederlage. — Die Zeugen im Dreyfusprozeß. — General Negrier seines Postens entzogen. — Der Saatenstand.

Paris, 25. Juli. General Pelloux ist zum Kommandanten der 44. Brigade in Quimper ernannt worden. An seiner Stelle wurde der General Dalsac ein, der Kommandeur der Geniebrigade im Gouvernement Paris, zum Platzkommandanten von Paris ernannt.

General Pelloux nahm seine Strafversetzung nicht an und kam um Pensionierung ein.

Der Kriegsminister Gallifet hat über den Hauptmann Guyot de Villeneuve 60 Tage strengen Arrest verhängt. Der schreiblustige Hauptmann hatte den Professor Sybelon zu seiner Majestätsregelung gratuliert und ihm eine Geldsumme als Entschädigung für den Gehaltsverlust überwiesen.

Esterhazy, der als Zeuge nach Reunes geladen ist, wird für die ganze Dauer des Prozesses freies Geleit erhalten.

Herr Quesnay de Beaurepaire, der frühere Präsident der Kassationshöfe hat mit seiner Untersuchung, durch die er Dreyfus' Schuld beweisen wollte, flüchtig Hado gebracht. Im Echo de Paris berichtet der Hanswurst selber über das Ergebnis seiner Reise nach Reunes. Der Vorsitzende des Kriegsgerichts, der ihn am Sonnabend empfangen wies, wies jedes Verlangen, seine Untersuchungsbücher zu prüfen, entschieden mit dem Bemerk zu, daß der Urteil des Kassationshofes habe die Grenzen des Prozesses enger gezogen. Er könne nur zum Gegenstand der Anklage aussehen. Wenn er hierzulande einen Beweis habe, möge er ihn liefern. Die Villen Beaurepaire waren vergleichbar. Er stellte dem Präsidenten insbesondere vor, daß eine Aussage auf Berat hinzuheute, der bereits verjährt sei. Oberst Jouast riet Beaurepaire, sich an den Kriegsminister zu wenden. Beaurepaire erklärte, er werde nunmehr seine Untersuchungen veröffentlichen. Auf die Veröffentlichung des Hanswurts wird niemand Wert legen.

Die vom Regierungskommissar bei dem Kriegsgericht in Reunes vorgeladenen 70 Zeugen sind zumeist schon vom Kassationshof vernommen worden. Unter den neuen Zeugen sind hervorzuheben: der Chef der Sicherheitspolizei, Cochefert, der im Jahre 1894 der Verhaftung Dreyfus' beizwöhnte, der Oberst Maurel, Präsident des Kriegsgerichts von 1894, Oberst Berlin, der zuerst Verdacht gegen Dreyfus aussprach, ferner der ehemalige Kommandant der Kriegsschule, General Lebelin, der im Jahre 1894 Dreyfus eine günstige Führungsliste ausstellte, endlich der frühere Kolonialminister Lebon. Die Zeugen, die nur über die angeblichen Geständnisse Dreyfus' aussagen können, sind nicht vorgeladen.

Durch ein Dekret vom heutigen Tage wird General Negrier seines Postens als Mitglied des Obersten Kriegsrates unter Vorbehalt anderweitiger Verwendung entzogen. Wie verlautet, hat Negrier auf seiner letzten Inspektionsreise an die Corpskommandanten eine Art mündlichen Communiqué gerichtet, worin er die Haltung der Regierung einer ziemlich scharfen Kritik unterzogen und erklärt hat, die Regierung wisse nicht die Armee zu verteidigen. Negrier habe hinzugefügt, die Armee müsse sich bis zum Ausgang des Prozesses in Reunes gesetzen, dann müsse sie an die Regierung die Mahnung richten, zu handeln. „Im anderen Falle“, habe Negrier erklärt, „werden wir handeln.“ Dieses Communiqué habe Negrier auf dem Instanzenwege allen Offizieren mitteilen lassen. In Bourges sei dieser Befehl des Generals zuerst zur Ausführung gelangt. General Gallifet habe davon Kenntnis erhalten und eine Untersuchung angeordnet, die für Negrier ungünstig ausgefallen sei. Dieser habe auf Begegnung zugegeben, daß das Communiqué zum mindesten dem Sina nach richtig wiedergegeben worden sei. Daraufhin habe Gallifet die Angelegenheit dem Ministerialrat unterbreitet und erklärt, nach seiner Überzeugung habe Negrier sich eines schweren Vergehens gegen die Disciplin schuldig gemacht und sei über seine Befugnisse als Armee-Inspekteur hinausgegangen.

Nach dem aktuellen Saatenstandsberichte ist der Stand des Winterweizens in 9 Departements sehr gut, in 67 gut, in 8 ziemlich gut, in einem schlecht. Sommerweizen steht sehr gut in 4, gut in 30, ziemlich gut in 13 Departements.

Belgien.

Kundgebung katholischer Arbeiter für das Proportionalwahlrecht.

Brüssel, 25. Juli. Eine von den Brüsseler unabhängigen und katholischen Arbeitervereinen einberufene Versammlung

von Delegierten der verschiedenen katholischen Vereinigungen des Landes tagte hier heute unter dem Vorsitz des Beeraerts. Es waren mehr als 200 Delegierte anwesend. Eine Anzahl Redner sprach sich für die vollständige verhältnismäßige Vertretung aus. Es wurde folgende Tagesordnung angenommen: „Die Versammlung spricht den Wunsch aus, daß die Kammer im Laufe der gegenwärtigen Tagung eine Wahlreform annehme, durch die die vollständige verhältnismäßige Vertretung im ganzen Lande Anwendung findet, und erwartet, daß die Kammer entsprechende Mittel und Wege ergreife.“

Großbritannien.

Aus dem Unterhause.

London, 25. Juli. Im Unterhause erklärte der Parlamentssekretär des Neuenhauses Brodrick, der Minister für die Kolonien Chamberlain sei von der Eastern Telegraph Extension Company benachrichtigt worden, daß sie bereit sei, eine Kabelverbindung zwischen Südafrika und Australien ohne kolumbianische Unterstützung von Seiten der britischen Regierung oder der Kolonien herzustellen, und daß sofort der Kabeltarif zwischen Großbritannien und Australien auf 4 Schilling für das Wort herabgesetzt werde, sobald das Landungsrecht für das neue Kabel bewilligt sei.

Bei der zweiten Lesung der Marinebautenbill führte der Civil Lord der Admiralsität Austen Chamberlain aus, es handle sich in der Bill um die Fortsetzung und um die Finanzierung der bestehenden Bauten. Die Gesamtanschaffung für die in der Bill aufgeführten Bauten betrage 23 600 000 Pfund Sterling, von welcher Summe jetzt aber nur 3 100 000 Pfund gefordert würden, die in bestimmten Jahresraten zur Verwendung gelangen sollen. Hauptsächlich handle es sich um den Bau neuer Docks in Chatham, Malta, Bermuda, Hongkong und in der Simon's-Bay bei Kapstadt; letzterer Bau sei der wichtigste. Die Admiralsität beabsichtige in der Simon's-Bay ein Dock von 750 Fuß Länge mit Wellenbrecher und einem Kohlenlagerplatz zu errichten. Die Regierung habe der Angelegenheit ihre Unterstützung in großem Maße zu teilen werden lassen. Die Bill wurde in zweiter Lesung ohne Abstimmung angenommen, ferner in dritter Lesung die Bill betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln.

Schweden-Norwegen.

Veröffentlichung des Flaggengesetzes.

Christiania, 25. Juli. Wie die Zeitung Verdens Gang mitteilt, hat die Regierung jetzt beschlossen, das Gesetz über die Einführung der reinen norwegischen Flagge für die Konsulate zu veröffentlichen und dies durch den schwedisch-norwegischen Minister des Neuenhauses den fremden Mächten notifizieren zu lassen.

Das Flaggengesetz ist bekanntlich in Norwegen in Kraft getreten, trotzdem der König seine Unterschrift verweigerte, nachdem es dreimal vom Storting angenommen worden war. Daß der Minister des Neuenhauses bisher das Gesetz den fremden Mächten noch nicht mitgeteilt hat, war eine alte Provolation schwedischerseits, aus grosschwedischem Übermut geboren und darauf berechnet, das norwegische „Bruder“-Volk zu kränken, um so alberner deshalb, weil Schweden kein Mittel in der Hand hatte, um zu verhindern, daß das Gesetz in Kraft trat. Wenn das Gesetz jetzt veröffentlicht wird, so wird damit ein Aulos zu unionellen Streitigkeiten endlich aus der Welt geschafft.

Serbien.

Das Standgericht. — Ansiedlung eines russischen Korrespondenten.

Belgrad, 25. Juli. Die Meldung auswärtiger Blätter von einer Einmischung fremder Mächte in das Gerichtsverfahren wegen des gegen Milan verübten Attentats wird serbischerseits nochmals offiziell für unbegründet erklärt, ohne daß der serbische Erklärung Glauben geschenkt würde. Desgleichen sei die Nachricht unrichtig, daß der serbische Gefandte in Konstantinopel, Novakowitsch, von seinem Amt zurückgetreten sei; dieser werde nach der Beendigung seiner Badekur auf seinen Posten zurückkehren.

Der mit der Untersuchung der Attentatsangelegenheit beauftragte Untersuchungsrichter hat mehrere Personen, von denen sich herausgestellt hatte, daß sie mit der Angelegenheit nicht im Zusammenhang stehen, in Freiheit gesetzt, darunter den Radikalisten Sina Djatowitsch und den Schwager Tauschanski, Dr. Blada Georgewitsch.

Den verhafteten radikalalen Führern wurde, wie der Kölner Ztg. gemeldet wird, über 50 Stunden Speisen und Trank vorerhalten. Drei frühere Minister mußten vier Nächte auf dem ungedeckten Fußboden zubringen, besonders wurde Oberst Nikolitsch gequält.

Infolge auswärtiger Mahnungen wurden nunmehr die Verhafteten menschlicher behandelt.

Das Standgericht hat seine ersten Urteile gefällt. Ein Matrose wurde wegen bewußten Widerstands gegen die Staatsgewalt zu 1 Jahr Gefängnis, ein gewisser Milan Dobrušek wegen Majestätsbeleidigung und Altenstädtls zu 10 Jahren Kerker und der Kaufmann Michael Biellovic wegen Majestätsbeleidigung zu 1½ Jahren Kerker verurteilt. Der Berichterstatter der russischen Zeitung Nowoje Wremja, Dr. Ergun, ist aus Belgrad ausgewiesen worden.

Transvaal.

Die Krise.

Der Hauptgrund der Meinungsverschiedenheit zwischen dem Präsidenten Krüger und dem Volksraad liegt nach einer Drahtnachricht aus Pretoria darin, daß General Joubert und die Mehrheit des Volksraads für die Aufhebung des Dynamitmonopols sind, während Präsident Krüger die Widerheit unterstützt, die die Dynamitgesellschaft auszulösen willst.

Der Rücktritt des Präsidenten Krüger wird in Kapstadt nicht für endgültig angesehen, zumal im Hinblick auf die vom Volksraad abgegebene Erklärung, daß Krüger fortwährend sein volles Vertrauen besitzt.

Dagegen will eine Meldung des Reuterschen Bureaus aus Kapstadt vom 25. Juli wissen, daß die Gerichte von dem Rücktritte des Präsidenten Krüger dort geplaudert würden.

Andererseits berichtet die Agentur Havas in einem Telegramm aus Pretoria, Präsident Krüger habe in aller Form einem Journalisten gegenüber erklärt, daß er niemals daran gedacht habe, sein Amt niederzulegen.

Dieser Meldung entspricht die neueste des Reuterschen Bureaus, wonach die freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Präsidenten und dem Volksraad wieder hergestellt sind.

Die umgearbeiteten Rathaus-Baupläne.

Viele Woche waren die umgearbeiteten Pläne zum Rathausneubau im Konzerthaal des städtischen Kaufhauses ausgestellt. Unsere Leser erinnern sich, daß bei dem öffentlichen Preisauftreibung vor zwei Jahren die Entwürfe des Herrn Baumates Prof. H. Licht mit dem ersten Preise gekrönt wurden. Die preisgekrönten Entwürfe und insbesondere das vom Architekten beigegebene Variantenprojekt (mit der verbrochenen Ecke gegenüber der Karl-Tauchnitz-Brücke) bildeten für die nun ausgearbeiteten definitiven Baupläne die Grundlage. Diese definitiven Pläne liegen nun vor und beweisen, daß Herr Baumate Licht seine Aufgabe mit großem Fleiß und großer Gewissenhaftigkeit in Angriff genommen hat. Das ursprüngliche Projekt ist unter Berücksichtigung aller wesentlichen praktischen Fragen und mit geschickter Benutzung von Anregungen, die anderen in der Konkurrenz prämierten oder vom Rat angelaufenen Projekten entstammen, aufs gründlichste durchgearbeitet und umgestaltet worden. Besonders bezüglich der architektonischen Durchbildung der Fassaden zeigen sich die neuen Pläne reicher und schöner als das ursprüngliche Projekt.

Da der Platz, auf dem sich das neue Rathaus erheben soll, abgesteckt und seit einigen Tagen mit einer Plane umgeben ist, kann man sich nun an Ort und Stelle leicht über Lage, Umfang und Gestalt des Baugrundes unterrichten. Im Grundsatz hat man sich an das fogenannte Variantenprojekt mit der verbrochenen Ecke gehalten, das, wie ich schon vor zwei Jahren darhat, besonders am Obstmarkt eine günstigere Straßenflucht bedingt als die ursprünglich beim Preisauftreibung vom Rat angenommene Gestalt des Baugrundes. Die verbrochene Ecke gegenüber der Karl-Tauchnitz-Brücke ist also beibehalten; aber der Grund, dem diese verbrochene Ecke ursprünglich ihre Entstehung verdankte, die Verlegung des Haupteingangs an diese Stelle, kann aus der neuen Anordnung nicht mehr erkanni werden, da aus praktischen Gründen der inneren Raumverteilung der Haupteingang wieder in den Mitteltrakt der Hauptfassade am Obstmarkt zurückverlegt werden mußte, wie es im preisgekrönten Entwurf vorgesehen war. Daburch verliert die Ecke das ihr ursprünglich zugedachte Hauptgewicht, sie wird aber dennoch ganz gut wirken, da der Bau gerade an dieser Stelle eines stark betonten und interessanten architektonischen Gliedes bedarf.

Der Grundriss des Variantenentwurfs ist also beibehalten worden; doch hat innerhalb dieses Grundrisses die Verteilung der Haupträume eine wesentliche Verschiebung erfahren. Im Variantenentwurf bildete die verbrochene Ecke mit dem Haupteingang gleichsam den Mittelpunkt der ganzen baulichen Anlage, diese schräge Front war faszinierend zum Haupttrakt geworden.

Schlusswoche Schlusswoche unseres Inventur-Räumungs-Verkaufs.

Die bedeutend ermäßigte Preise auf fast alle Artikel unserer Läger gelten nur noch bis Dienstag den 1. August.

Schaarschmidt & Co.

Leipzig-Neuschönfeld, Eisenbahnstraße Nr. 44—46.

Dengendscherbergte sie in ihrem Hauptgeschoss den Sitzungssaal für das Plenum, an dem sich zu beiden Seiten die Zimmer der beiden Bürgermeister anschlossen. Der Mitteltrakt des langen Südfassade enthielt den großen Festsaal und die nach dem Neubau der Leipziger Bank zu gelegene Südseite den Sitzungssaal der Stadtverordneten. Diese Anordnung, die den Vorteile hatte, daß der Haupteingang äußerlich betrachtet, an die günstigste Stelle des Gebäudekomplexes verlegt wurde, nämlich an die Stelle, die sich gegen den größten freien Platz öffnet, auf den zudem eine Anzahl Straßen von verschiedenen Seiten einmünden, zeigte doch auch sehr wesentliche Nachteile. Wenn wir nur die äußere architektonische Raumverteilung in Betracht ziehen, so bewirkte die starke Belohnung dieser zum architektonischen Mittelpunkt erhobenen relativ schmalen Schrägsaale eine allzu starke Zurückziehung der anderen, längeren und schon ihrer Ausdehnung wegen bedeutenderen Fronten. Besonders die lange, dem Obstmarkt zugelassene Südfront des Gebäudes mußte dadurch zu einer gewissen Langsamkeit verurteilt werden, und da die verbreitete Ecke, wenn sie wirklich zum Haupteingang und zum architektonischen Mittelpunkt erhoben werden sollte, noch eine viel reichere architektonische Durchbildung erfahren mußte, als im Variantenentwurf (der die äußere Architektur noch ziemlich flüssig behandelte) vorgesehen war, so konnte ein Architekt, der seine Fassaden nicht von außen "ausleben", sondern von innen heraus gestalten wollte, mit der langen Südfront, die doch nach Lage und Gestalt des Baugrundes die wichtigste Seite des ganzen Komplexes darstellt, trotz den beiden darin einbezogenen Saalbauten, nicht mehr viel anfangen. Die aus diesem Umstand sich ergebende Einseitigkeit der Südfront und eine gewisse Aengstlichkeit in der Ausgestaltung der so stark betonten verbrochenen Ecke, die aus dem Bestreben, die Südfront nicht ganz zu verzögern, hervorgehen mochte, hatte neben dem etwas unsichtbaren Zopfstil wohl am meisten zu der etwas einbüßenden Wirkung der Außenarchitektur des Lichtenberger Variantenprojektes beigetragen. Es fehlte dem ganzen Gebäudekomplex an einem kräftig betonten architektonischen Mittelpunkt, an einem stark hervorgehobenen Haupthaus, auf dem das Auge ruhen konnte, und an das sich die anderen Teile des Gebäudekomplexes als Flügel angliedern ließen. Der central gelegene Turm gab dem Ganzen wohl einen gewissen Mittelpunkt, konnte aber dennoch nicht für das Fehlen eines stärker betonten Gebäudeteiles entschädigen.

Ganz abgesehen von der äußeren architektonischen Ausgestaltung des Baues haben aber auch mit der inneren Raumverteilung zusammenhängende und daher sehr stark ins Gewicht fallende Gründe die Verlegung des Haupteinganges in die Mitte der Südfassade, wie er auf dem preisgekrönten Entwurf vorgesehen war, wünschenswert gemacht. Es ist dies, wenn man die Gestalt des Baugrundes allein in Betracht zieht und von seiner Lage bezüglich des ihn begrenzenden und umgebenden Straßennetzes absieht, die natürlichste Stelle für den Haupteingang und den Haupttrakt. Ausschlaggebend aber ist vor allem auch der Umstand, daß die Haupttreppe mit dem Haupteingang in nächster Verbindung stehen muß, und die Haupttreppe muß central gelegen sein und möglichst direkt und ohne lange Umwege zu den Haupträumen führen. Im Variantenprojekt liegt die Haupttreppe in der Südwestecke des Gebäudekomplexes viel zu weit von den Haupträumen ab. Diesem Umstand ist im neuen Plan abgeholfen.

Auch die Haupträume mußten verlegt werden. In dem lebhaft ausgestalteten Mitteltrakt der Südfront, wiederum über dem Haupteingang, liegt der Sitzungssaal für das Plenum. Der große Festsaal ist an die Südostseite verlegt, wo seine Längsseite mit der neuen zwischen dem Rathaus und der Leipziger Bank gelegenen Straße parallel läuft, so daß seine Schmaleite dem Obstmarkt, seine Längsseite der neuen Straße zugewandt ist. Ganz in der Ostfront an der neuen Straße liegt der Sitzungssaal der Stadtverordneten. Die verbrochene Südwestecke enthält die Amtsräume des Oberbürgermeisters. An der Innenseite der Südostseite ist zwischen die großen Säle eine schmale geräumige Halle eingeschoben, die eine Verbindung zwischen den Haupträumen herstellt. Die Anregung zu dieser Vorhalle gab die große Vorhalle, die sogenannte Diele unseres alten Rathauses. Wie die großen Säle, reicht auch diese Vorhalle durch zwei Geschosse. Bei Feierlichkeiten kann sie zu den eigentlichen Feierräumen hinzugezogen werden, so daß der Stadt zu Präsentationszwecken ein außerordentlich großer Raum zur Verfügung steht, der im gewöhnlichen Tageslauf doch nicht als isoler Punkt im Gebäude empfunden wird.

Bei der neuen Anordnung der Haupträume war vor allem der leichte und bequeme Verkehr im Innern des Hauptgebäudes maßgebend, der durch die großen Säle möglichst wenig gestört werden sollte. Und in der That scheint die Aufgabe der Raumverteilung sehr glücklich gelöst. Für die äußere Architektur war die neue Anordnung infofern weniger günstig, als zwei wichtige Räume, die auch in der Außenarchitektur kennlich gemacht werden müssen, der Festsaal mit seiner Längsseite und der Stadtverordnetensaal ganz in die nach der relativ engen neuen Straße zu gelegene Ostfront fallen, daß also an einem Gebäude, das

langausgedehnte freiliegende Fronten bietet, von drei großen Saalbauten zweie in einer engen Straße verdeckt werden. Das ist nicht gerade vorteilhaft, und besonders der Stadtverordnetensaal schenkt etwas in den Winkel gehoben. Doch kann man an einem derartigen Bau kaum jemals alles so ausbalancieren, daß nichts mehr davon aussiezen wäre. jedenfalls müßten bei dieser Raumverteilung die anderen Gründe den praktischen Erwägungen weichen.

Guido.

Aus der Partei.
Karl Rautsky urteilt in einem Brief an Jaurès über die von diesem befürwortete Taktik nach der Petits République wie folgt:

Ich benutze die Gelegenheit, um Ihnen meine tiefe Bewunderung für die unvergleichliche Art auszusprechen, in der Sie die Ehre des französischen Sozialismus in der Dreyfus-Angelegenheit gereitet haben.

Ich kann mir keine verhängnisvollere Haltung für eine kämpfende Klasse denken, als in einer Krise neutral zu verharren, die eine ganze Nation aufzählt; ich kann mir keine vernichtendere Haltung für eine Partei sozialer Wieber geboren denken, als gleichzeitig in einer Rechtsfrage zu bleiben, keinen Fehler, der unverzeihlicher bei Demokraten wäre, als Unschlüssigkeit gegenüber der Golbatsta.

Ich wünsche Ihrem eblen Werk den vollen Erfolg und brüte Ihnen freundlich die Hand.

Karl Rautsky.

Soziale Rundschau.

Madeberg, 25. Juli. Differenzen ernster Art drohen auszubrechen zwischen den Schleifern der Vereinigten Glassfabrik und der Fabrikleitung dieses Betriebes. Die Gehilfen wollten Nebenstände befehligt wissen. Sie wandten sich daher an den Gewerbeinspektor, der auch etlichen und verschiedensten Aenderungen anordnete. In dem erwähnten Vorgehen der Arbeiter erblickte die Fabrikleitung aber ein solches Verbrechen, daß sie einen organisierten Arbeiter ohne weiteres entließ. Hierauf kündigten sieben Schleifer. Wenn die Fabrik die Maßregelung nicht rückgängig macht, steht ein Streik in sicherer Aussicht.

Die Goldschlägerbewegung in Nürnberg ist zu Gunsten der Arbeiter siegreich beendet. Die Streikenden haben den neunstündigen Arbeitstag errungen. Die Accord- und Wochenlohn haben eine entsprechende Erhöhung erfahren.

Die Ausspernung der dänischen Arbeiter. Der Unternehmerverein hat nun die Bedingungen formuliert, unter denen die Sperre aufheben will. Es sind die alten 8 Punkte in wesentlich verschärfter Form. Die Vereinigten Gewerkschaftsverbände haben gestern (Dienstag) den Vorschlag der Unternehmer beraten. Ein Bericht über das Ergebnis der Beratungen liegt noch nicht vor.

Die Unternehmer drohen wieder in dem Begleitschreiben mit Erweiterung der Ausspernung, falls auf der von ihnen vorgeschlagenen Grundlage keine Einigung erzielt wird. Wenn die dänischen Arbeiter nicht der Hunger zwingt, werden sie die gestellten Bedingungen nicht annehmen können.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Der Dresdener Maurerstreik und die sächsische Regierung. Das Dresdener Journal schreibt zwar im nichtamtlichen Teile, aber zweifellos offiziell:

In einem „Der Dresdener Maurerstreik und die sächsische Regierung“ überdrückten Aufsatz in Nr. 168 der Sächsischen Arbeiterzeitung ist unter anderem die Verdächtigung ausgesprochen, die Verhaftung des Maurers Fallenberg, des „Streifführers“, sei auf ein von Sr. Cressenz dem Herrn Staatsminister v. Meissch einer Deputation der Dresdener Bauunternehmer gegebenes Versprechen zurückzuführen. Daraus sind im weiteren Verlaufe des Aufsatzes die ungeheuresten Folgerungen über Verfassungsbruch ic. gegangen worden. Wir sind in der Lage, zu versichern, daß diese Verdächtigung ebenso grundlos ist, wie es durchaus der Vergründung entbehrt, daß infolge der Audienz der Bauunternehmer-Deputation bei dem Herrn Staatsminister das Vorzeichen der hiesigen Polizeidirektion im allgemeinen in diesen Streitangelegenheiten ein schrofferes geworden sei.

Die thatsächlichen Angaben des kritisierten Artikels der Sächsischen Arbeiterzeitung, die auch in der Volkszeitung wiedergegeben waren, entstammen einem Bericht über eine Versammlung des Bauarbeiterverbändes in den Dresdener Nachrichten. Darin hieß es, daß der Bauarbeiterverbund eine Deputation an den Minister von Meissch gesandt habe, um Maßnahmen gegen den Terrorismus der Streikenden zu erläutern. Dieser Deputation habe, so berichtete Baumeister Melzer, der Minister zwar keine direkte Befreiung von Abhilfe gegeben, da schärfer gezielte Bestimmungen bisher fehlten, jedoch nach Möglichkeit Abhilfe versprochen habe. Die von der Deputation gemachten Angaben sollen als Material für das Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen dienen. „Inzwischen seien aber die Folgen der Unterredung infofern zu Tage getreten, als die Verhaftung des 1. Vorsitzenden des Streikomitees und eine schärfere Bewachung der Bantens durch die Polizeiorgane stattgefunden habe.“

So war wörterlich zu lesen in den Dresdener Nachrichten. Wenn das Dresdener Journal unter solchen Umständen von einer von der Sächsischen Arbeiterzeitung ausgesprochenen Verdächtigung spricht, so ist uns das geradezu unerhört. Wenn die Verhaftung des Maurers Fallenberg nicht in Beziehung zu bringen ist zu der Unterhaltung des Baumeisters Melzer mit dem Minister, so hat dieser gesunken, und gewiß in nicht zu vernehmender Absicht gesunken. Aber der Sächs. Arbeiterzg., und damit auch anderen sozialdemokratischen Blättern den Vorwurf gründloser Verdächtigungen zu machen, das ist noch der ganzen Sachlage starker Tabak. Bei derselben Angelegenheit schreiben übrigens die Dresdener Nachrichten, nachdem sie den bezüglichen Passus in ihrem Berichte noch einmal abgedruckt:

Auf erneutes Verfahren unseres Berichterstatters bestätigt derselbe, daß sich Herr Baumeister Melzer dem Sinne nach tatsächlich so gedacht hat. Es ist aber eine tendenziöse Erfindung des sozialdemokratischen Blattes, daß Herr Minister von Meissch irgend welches Versprechen mit Bezug auf die Verhaftung Fallenberg abgegeben habe. Die Inhaftierung Fallenbergs ist lediglich von Herrn Melzer als eine Folge der Audienz angesehen worden; diese Schlussfolgerung entbehrt aber der thatsächlichen Begründung.

Darauf antwortet die Sächsische Arbeiterzeitung treffend:

Es ist eine tendenziöse Erfindung der Dresdener Nachrichten, wenn es uns in der Sache selbständige Behauptungen zuschreibt; der Baumeister Melzer hat behauptet, Minister des Inneren von Meissch habe „möglichste Abhilfe“ der Streitumstänchkeiten versprochen und der Baumeister Melzer hat gefagt: die Folgen dieser Unterredung und selbstverständlich der Versprechungen des Ministers zeigten sich in der Verhaftung des

1. Vorsitzenden des Streikomitees und in der schärferen Überwachung der Bantens!

Herr Baumeister Melzer hat also die Beschuldigung gegen den Minister ausgesprochen und er wird nun sagen müssen, wie er dazu kommt. Der Minister v. Meissch hat erklärt, daß die verschärften Maßregeln gegen die Streikenden nicht auf ihn zurückzuführen sind, der Baumeister Melzer behauptet das Gegenteil. Es steht Behauptung gegen Behauptung, wir müssen daher auch mit unserem abschließenden Urteil zurückhalten, bis auch der Baumeister Melzer gesprochen hat. Nur soviel möchten wir heute schon bemerken, daß es jedenfalls ungünstiger und klüger vom Minister v. Meissch gewesen wäre, wenn er klar und klar gefragt hätte, die Regierung und die Behörden wollen und dürfen sich nicht in den Maurerstreik einmischen!

Aus der offiziösen Auslassung geht leider auch nicht hervor, ob Herr von Meissch auf diesem der Verfassung entsprechenden Standpunkte steht.

Das Dresdener Journal hat mit seiner Erklärung die Sache nur noch verbessert.

Zwickau, 25. Juli. Der Kampf im Maurerstreik geht unverändert weiter. Bisher ist es gelungen, größere Truppen von Streikbrechern fernzuhalten. Die Baumeister haben Agenten in Dienst genommen, die zu 5 Mrd. fest und ein Kopfgeld für jeden acquisierten Maurer engagiert sind. Der polizei Gendarm bildet diese Agenten der Baumeister auf dem Bahnhofe, während er die Streikposten der Maurer wegweischt hat. Der Gendarm hat dem Maurer Tremler gesagt, die Unternehmeragenten hätten eine Besetzung vom Stadtrat, daß sie sich auf dem Bahnhofe aufstellen dürften; wenn Sie (Tremler) eine solche Besetzung bringen, dürfen Sie ebenfalls auf dem Bahnhofe bleiben.“

r. Bautzen, 25. Juli. Ein merkwürdiger Bekämpfungsbogen, der sich gegen unseren Genossen Wiesner in Löbau richtet, wurde heute vor dem hiesigen Landgericht verhandelt. Bekämpft sollte der Stadtrat und der Bürgermeister Müllrich — letzterer bekannt durch seine sündhaften Maßnahmen gegen die Arbeiterorganisationen — in Löbau sein. Dem Prozeß liegt folgendes zu Grunde. Im März verbot der Herr Bürgermeister eine Versammlung, in der ein Referat über den Buchhauklurs und die Bekämpfung des Koalitionsbrechls gehalten werden sollte. Das Verbot erfolgte, weil sich aus dem Thema ergebe (!), daß die Richter des Dresdener Buchhauklurts und die Regierung mit „versteckten Drohungen“ und „bedrohlichen Androhl“ bedacht werden sollten, und weil eine solche Kritik bei geringe Sätze widerspreche.

Dann handelt es sich um eine gegen den Arbeiterkonsumentenverein Vorwärts in Löbau gerichtete Maßregel. Diesem Verein waren 103 Pfund amerikanischer Speck vom Stadtrat beschlagnahmt und ohne weiteres versteigert worden, weil der Nachweis nicht erbracht wurde, daß der Stadtrat von Schweinen stammte, die vor und nach der Schlachtung untersucht und gesund befunden waren.

Diese gewiß sonderbaren Maßnahmen wurden nun in Nr. 12 des Armen Teufels in scharfer Weise kritisiert, so daß sich der Bürgermeister und der Stadtrat dadurch beleidigt fühlten. Gegen den Redakteur des Blattes, Reichstagsabgeordneten Fischer, wurde Anklage erhoben, das Verfahren schwere noch, da Fischer zur Zeit „immun“ ist.

Außerdem wurde aber auch Wiesner verklagt, weil er als Lagerhalter im Geschäft des Konsumvereins die betr. Nummer des Armen Teufels — die kritischen Artikel blau angestrichen — an das Schausfenster gehängt hatte. Dadurch soll er sich der Bekämpfung „angeschlossen“ haben. Wiesner behauptete heute in der Verhandlung, er habe auf die Weise nur Propaganda für das Blatt machen wollen, wie er es ganz gleich schon vorher gehabt habe. Auf Antrag des Verteidigers wurde eine ganze Reihe ominöser Schriftstücke bez. Verfügungen des Stadtrats in Löbau verlesen, wodurch bewiesen werden sollte, daß tatsächlich einstellig gegen die Verstrebungen der Arbeiter verfahren worden ist, wie behauptet wurde. Die Dinge sind seiner Zeit schon in der Öffentlichkeit bekannt geworden.

Der Verteidiger hielt material den Wahrheitsbeweis für erbracht, da alle jene Maßnahmen objektiv geistlich nicht gerechtfertigt werden könnten. Das hätte sich der Herr Bürgermeister als Jurist auch sagen müssen, wenn er seine politischen Ansichten aus dem Spiele gelassen hätte. Die Form könnte man beledigen finden, da genüge als Sühne eventuell eine geringe Geldstrafe. Vom Staatsanwalt wurde die Anklage voll aufrechterhalten. Das Urteil lautete auf sechs Wochen Gefängnis und Publicationsbefugnis. Die Urteilsbegründung war recht unbedeutend.

Ist das ganze Verfahren gegen Wiesner schon merkwürdig, so noch merkwürdiger die erfolgte Bestrafung. Wiesner ist seit einer anderen, nur der Redakteur verantwortlich ist. Nach der Vogel dieser Verurteilung könnten z. B. bei einigermaßen gutem Willen auch Restauratoren, die Zeitungen in ihrer Nähe öffentlich auslegen, bestraft werden, wenn sich in irgend einer Nummer etwas Bekämpfendes findet. Auf diese principielle Seite der Sache ist in dem Urteil mit keinem Wort eingegangen worden.

Über den Umgang des landwirtschaftlichen Vereinshofs im Königreich Sachsen gibt eine kürzlich erschienene Statistik Auskunft. Danach umfassen Ende Juni b. J. die in Sachsen befindenden 5 Kreisvereine 746 Zweigvereine mit 50088 Mitgliedern gegen 780 Vereine mit 49066 Mitgliedern Ende Juni v. J. Der binnennahmliche Hauptverein zählt 67 Vereine mit 1862 Mitgliedern. Der Landesverband sächsischer Geflügelzüchter vereine umfaßt 110 Vereine mit 6258 Mitgliedern gegen 101 mit 5754 im Vorjahr.

kleine Chronik.

Leipzig, 26. Juli.

— Theaternachrichten. Im Neuen Theater wird morgen die Operette Die Geliebte gegeben mit einem Gaste, Fräulein Marie Parici vom Gärtnerplatztheater in München in der Rolle der Mimoza. Nebermorgen singt Fräulein Parici die Partie der Christa im Vogelhändler.

— Ein famoser Widerruf, der eine gute Portion fernigen Schwarzwälder Humors enthält, ist im Inseratenteil des Freiburger Boten zu lesen. Es heißt da in ganz fetter Schrift:

Widerruf.

Denjenigen Mitgliedern des hiesigen hochverehrten Gemeinderates, welche mein Ausdruck (Simpel) beleidigt hatte, zur gefälligen Kenntnis, daß ich denselben andurch zurücknehme und mich bei ferneren Gesprächen über Feuerwehrangelegenheiten tressender Worte bedienen werde.

Kirchzarten, 17. Juli 1899.
Franz X. Kunz, II. Kommandant.

— Nikolaus Riggensbach, der Erbauer der Riggibahn und anderer Bergbahnen, ist am 25. Juli in Oden gestorben.

Humoristisches.

Friedmitigkeit allein thut's nicht. Vlorin eines Nonnenklosters: „Sie wollen Ihre Tochter also dem Herrn welchen! Wieviel Vermögen geben Sie ihr?“ — „Vermögen haben wir leider nicht!“ — „Was! Kein Vermögen! Wozu soll sie denn dann das Vermöde der Armut ablegen? Glauben Sie, wie spielen über Rommel!“

Kirchzarten, 17. Juli 1899.

Material für die Buchhauklurz vorlage schaffen zu wollen. In unserem hiesigen Parteiblatt lesen wir:

Heute morgen meldeten mehrere Arbeiter der Streikkommission der Maurer, daß sie in den Morgenstunden Polizisten bei gegen sie in Maurerkleidung. Die Bekleidung war ziemlich geschickt nachgemacht, sogar Kastorhöher fehlten nicht, und in der Seitentasche des Rades steckte das eingeschlagene Frühstück; der

eine Frau sogar ein Päckchen unter dem Arme. Es wurde festgestellt, daß zwei der verkleideten Polizisten zur vierten Bezirkswache in der Klosterstraße gehörten, welche dem Kommissar Goldmann untersteht. Einer der Verkleideten soll nach der bestimmten Aussage zweier Arbeiter der Polizeisergeant Altmann gewesen sein, der früher Maurer gewesen ist. Die Verkäufer haben Stellung vor den Neubauten genommen, als wollten sie um Arbeit nachfragen. Ihr Treiben konnte doch absolut keinen anderen Zweck haben als den, von Streitenden angeregt zu werden. Einige Mitglieder der Stadtkommission begaben sich sofort zum Ober-Polizeikommissar Weydemann und teilten ihm den Sachverhalt mit. Herr Weydemann erklärte, daß die Anordnung nicht von ihm ausgehe, er werde sofort die Sache untersuchen und Altmann zur Rechenschaft ziehen. An dem Thalbestand, daß Polizisten, als Maurer verkleidet, eingeschlagen sind, läßt sich nicht rütteln, und ein anderer Zweck, als event. provokatorisch zu wirken, ist uns nicht denkbar.

Dieses Verfahren ist einfach unehrt. In einem Rechtsstaat müssten die Ankläger zu diesen Provokationen gerichtlich zur Rechenschaft gezogen werden.

Greiz. 24. Juli. Nach langem Leiden ist hier Franz Naabe, ein treuer Genosse, im Alter von 44 Jahren gestorben. Mit ihm ist wieder einer von denen aus dem Leben geschieden, die während der schweren Zeit des Sozialistengesetzes, als unsere Partei vogelfrei war, frei und unerschrocken für die Ideen und Befreiungen der Sozialdemokratie eingetreten sind. Infolge eines schweren Leidens konnte er sich die letzten Jahre, da ihm vom Arzt gründliche Schonung empfohlen war, nicht direkt an der Bewegung beteiligen.

Aufsehen erregte in den gestrigen Morgenstunden ein sonderbarer Beichentransport. Ein am Sonnabend vorstorbener armer Weber wurde von seiner Wohnung aus mittels Hundeschirms nach der Leichenhalle gebracht. Der Transport hat mit keiner manigfachen Anstoß erregt.

Gerichtssaal.

Bundgericht.

Leipzig, 25. Juli.

Zum drittenmale wegen Täterschaftsverbrechens unter Auflage gestellt war der 23jährige Dienstleicht Arthur Alwin Kaiser aus Göhren bei Markranstädt. Das von der Gerienstrafkammer auf Grund einer nicht öffentlich geführten Erhöhung gefällte Urteil lautete für den bereits wegen ähnlicher Delikte mit empfindlichen Freiheitsstrafen belegten Angeklagten wegen Verbrechens im Sinne von § 176, 3 unter Ausrechnung eines Monats der Untersuchungshaft auf drei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrenrechtsverlust.

Der gefundene "Tausendmarkschein". Am 15. Juni erschienen in dem W.-schen Konfektionsgeschäft der Reichstraße zwei Frauen, von denen die ältere für über 80 M. Wäschestücke ausführte. Bei der Bezahlung legte die Käferin der Kassiererin einen Tausendmarkschein hin. Da letztere nicht so viel einzelnes Geld zum Herausgeben in der Tasche hatte, schickte sie den Markthelfer mit der Note befußt Wechselseit nach einem nahen Bankgeschäft, woselbst der "Tausender" sofort als eine sogenannte "Blüte" erkannt wurde. Es wurde nun nach der Polizei geschickt und die beiden Frauen, es waren die vielfach, darunter zweimal mit Buchthaus vorbeschaffte 41jährige Handarbeiterinnen Auguste Bertha Verm aus Gräfenhainichen und deren 16 Jahre alte Tochter, festgenommen. Während letztere wieder entloset wurde, blieb die Mutter in Haft. Sowohl in der Voruntersuchung als auch in der vor der Gerienstrafkammer C anberaumten Hauptverhandlung erklärte die B., sie sei nicht in betrügerischer Absicht in das W.-sche Geschäft gegangen. Sie habe den Schein, den ihr Sohn tags zuvor auf der Straße gefunden habe, in der That für "echt" gehalten. Da ihr Mann lange Krank gewesen sei und nichts habe verdient können, sie und die übrigen Familienmitglieder aber notwendig Wäsche gebraucht hätten, sei in ihr der Entschluß gereift, das Geld zu behalten und sich Sachen davon in Leipzig zu kaufen. Diese Behauptung war der Angeklagten nicht zu widerlegen. Daher gelangte das Gericht auch nur zu einer Verurteilung wegen versuchter Unterschlagung. In Abetracht der vielen und schweren Vorstrafen erkannte der Gerichtshof jedoch auf eine viermonatige Gefängnisstrafe.

Eine seldene Röbe hatte sich die Aufwärterin Anna Emma Franke aus Langendorf schon lange gewünscht; doch war ihr leibhaftiger Wunsch immer nicht in Erfüllung gegangen. Endlich sollte aber doch ihr Sehnen gestillt werden. Als sie eines Tages nach Ostern das Schlafzimmer ihrer Herrschaft rein machte und der Schrank zufälligerweise offen stand, konnte sie der Versuchung nicht widerstehen, ein wenig darin herumzuhüpfen. Als sie ein 7 Meter großes Stück Seidentuch nebst Seidenstücke fand, nahm sie die Sachen fort; um sich zum Pfingstfest ein Kleid daraus anzutragen zu lassen. Natürlich fiel es der Schneidertochter sofort auf, daß die sonst nicht mit irischen Gütern gezeugte Fr. sich einen so wertvollen Stoff gekauft haben sollte. Kurzum, die Unehrlichkeit der Fr. die schon zwei Diebstahlsstrafen erlitten hat, kam ans Tageslicht. Als rücksäßige Diebin wurde die vorsätzliche, vollaus geständige Angeklagte von der Gerienstrafkammer C zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Berufskräfte Rötzigung brachte die 18jährigen Fabrikarbeiter Karl Gottschalk aus Großwiederitzsch und Ernst Otto Kullrich aus Pöhlitz vor die Gerienstrafkammer C. Am Abend des 8. April hatte B., der in der Wollkämmerei in Arbeit stand, Nachschicht. Da er seiner eigenen Angabe zufolge innerhalb einer Stunde acht Glas Bier getrunken hatte, befand er sich in angebruntem Zustande. Als er keine Bedenkmale erhielt, wurde er ungemütlich und trieb im Arbeitsraum allerlei Unruhe. Trotzdem G. wiederholte von dem Kammermeister B. aufgesordnet worden war, sich endlich ruhig zu verhalten, trieb er es nur noch ärger, so daß ihm seine sofortige Entlassung angekündigt worden war. Als B. einen Pausierschein schrieb, da G. ohne einen solchen von dem Portier nicht aus der Fabrik hinausgelassen wurde, suchten G., der Mitangeklagte und der bis jetzt noch nicht ermittelte Arbeiter Bisowitsch ihn unter Drohungen zu verhindern, den Schein fertig zu schreiben und erklärten B., daß am anderen Tage die B.... vollzuhalten, wenn er die Entlassung nicht zurücknehme. Mit Hilfe zweier Feuerwehrleute der Fabrik wurden G. und B. schließlich entfernt, während K. freiwillig ging. Als B. am anderen Morgen um 6 Uhr die Fabrik verließ, lanterten die drei auf ihn. Da sie aber sahen, daß B. Unterstützung erhalten würde, gingen sie ihrer Wege, da sie sonst den Kürzeren ziehen würden. G. und K., die in der Hauptfahrt geständigt waren, wurden mit Rücksicht auf ihre bisherige Unbescholtenheit und auf ihre Jugend zu je drei Wochen Gefängnis verurteilt. Gegen Bisowitsch konnte nicht verhandelt werden, da er nicht ermittelt worden war.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 26. Juli.

Aufruf an die Formen und Verusgenossen! Seit dem 19. Juni stehen in Leipzig 550 Formen und Gießereiarbeiter mit ihren Unternehmen in hartem Kampf, weil sie es sich nicht gefallen lassen wollten, daß 190 Kollegen der Firma Weder u. Co., die um eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung seit dem 22. April im Streik stehen, 2 Jahre von der Arbeit ausgeschlossen werden sollten. Der Kampf der Wederschen Leute, der bis dahin von beiden Parteien ohne jede Belhülfe geführt wurde, belastet das seelige Gepräge dadurch, daß am 3. Juni die Leipziger Metallindustriellen den Beschluss fassten: Wer von den Wederschen Leuten bis zum 12. Juni die Arbeit nicht bedingungslos wieder aufgenommen hat, bekommt innerhalb zweier Jahren in Verbandswerkstätten seine Arbeit.

Als wir dann die Gewissheit hatten, daß es die Unternehmer wahr machten, indem ein Streikender am 13. Juni in einer Werkstätte Arbeit erhalten hatte, ihm aber auf dem Arbeitsnachweis der nötige Schein mit der Bemerkung: „Frage Sie in 2 Jahren noch einmal nach!“ verweigert wurde, war es uns klar, daß wir ganz energisch Stellung hiergegen nehmen mußten. Ja wir wären vielleicht, und das mit Recht, aus den Reihen der Massenbewußten Arbeiter gestrichen worden, hätten wir uns diese Schmach anhören lassen.

Nachdem nun mündliche und schriftliche Versuche, die Sache in Güte beizulegen, an dem Starrsinn der Unternehmer gescheitert waren, mußten wir zu oben erwähntem Schritt greifen. 230 Ledige hatten bereits den Leipziger Staub von den Filzen geschüttelt und 550 traten in den Streik, so daß nur ein kleines Häuslein Arbeitswilliger war und noch ist.

Kollegen! Wir wissen nicht, wie lange dieser Kampf noch währt, sind aber fest entschlossen, unser Recht bis auf den letzten Augenblick zu verteidigen. Wenn Ihr uns genügend unterstützen, indem sich niemand durch vielversprechende Interesse hierher locken läßt, und uns, wenn sich irgendwo verdächtige Modelle zeigen, unverzüglich Mitteilung gemacht wird, um die notwendigen Schritte einzuleiten zu können, so muß der Sieg unser werden. Und unser Sieg ist Euer Sieg.

Mit kollegialem Glück auf!
Streikkomitee der Formen Leipzigs, Dresdener Str. 20.
Max Pfüller.

Alle Anfragen und Sendungen sind an diese Adresse zu richten.

Morgen Donnerstag nachmittags 1/2 Uhr findet im Pantheon eine Versammlung der ausständigen Formen statt.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten wissen zu berichten, daß der Konsumverein Plagwitz 360 Personen beschäftigt und an Gehältern und Löhnen 75 692 M. bezahlt, demnach pro Kopf und Jahr 210 M. für seine Arbeiter und Arbeitnehmer re. ausglebt. In Wirklichkeit wurden im Geschäftsjahr 1897/98 330 660 Mark an Gehältern und Löhnen verausgabt.

H.-K. Die Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen hat eine Zusammenstellung aller derjenigen Sollermäßigungen herausgegeben, die den deutschen Erzeugnissen durch das deutsch-spanische Handelsabkommen zugeschlagen sind. Die Zusammenstellung kann auf der Bibliothek der Handelskammer, Neue Börse, Nr. B, I., an den Wocheinlagen von 10—12 und 4—6 Uhr eingesehen werden.

Der neue Leipziger Bürgermeister hat sich, wie die Neue Vogl. Ztg. meldet, bereits gestern aus seinem Amt in Blauen verabschiedet. Dr. Dietrich nahm bis Ende September Urlaub.

Folgende für die Fleischer und Fleischereihändler wichtige Bekanntmachung hat das sächsische Hauptkonsamt erlassen: Den im heisigen städtischen Schlachthof schlachtenden Schlachtfleuerpflichtigen, die nach § 19 der zum Schlachtfleuergebot vom 25. Mai 1852 erlassenen Ausführungsverordnung vom 20. Mai 1852 in Verbindung mit der Verordnung des Finanzministeriums vom 20. März 1866 gleichfalls zur sorgfältigen Aufbewahrung der Schlachtfleue während eines Zeitraumes von vier Monaten verpflichtet sind, wird für die Zukunft widerruflich nachgelassen, dieser Pflicht durch Einlegung der Schlachtfleue in die von der heisigen Fleischberinnung in den Schlachthallen des Schlachthofes angebrachten und unter Steuerverchluss liegenden Kästen zu genügen. Auf Schlachtfleue, die vor dem 1. b. M. gelöst worden sind, findet diese Bestimmung keine Anwendung. Dies wird mit der Bemerkung bekannt gemacht, daß diejenigen Schlachtfleuerpflichtigen, die ihre Schlachtfleue weder in die bezeichneten Kästen eingelegt, noch während des geordneten Zeitraumes sonst aufbewahrt haben, nach § 13 des Schlachtfleuergebotes vom 25. Mai 1852 und §§ 1, 2, Abs. 2 und 14 des Steuerstrafgesetzes vom 4. April 1858 mit Geldstrafe von 8 bis zu 80 Mark bestraft werden.

Dass die Bedienung der Fernsprechämter bei Gewitter nicht ganz ungefährlich ist, beweist ein Unglücksfall, von dem eine Telephonistin in Berlin auf dem Fernsprechamt in der Französischen Straße betroffen wurde. Die junge Dame wurde durch den Blitzschlag erschlagen, die Verbindung mit Hamburg herzustellen, welchem Verlangen sie sofort entgegenkam, da Berlin und die Vororte zur Zeit als gewitterfrei galten. Raum war die Verbindung hergestellt, als eine Detonation erfolgte. Die Telephonistin wurde zu Boden geschleudert, und ihr Gesicht nahm eine blaue Färbung an. Sogleich wurde die nächste Rundstation telephonisch benachrichtigt, die die bestürzungslose Dame nach dem nächstgelegenen Krankenhaus beförderte. Dort wurde eine sehr schwere Nervenschädigung konstatiert. Der bedauerliche Vorfall läßt sich nur dadurch erklären, daß auf der Strecke Berlin-Homburg ein Blitzstrahl in die Zeitung geschrungen und von dieser dem Hauptfernsehapparat zugeführt ist.

Pausendungen mit dem Vermerk „Eigenhändig“. Nach der Postordnung hat die Bestellung der Einschreibesendungen, der Postanweisungen, der telegraphischen Postanweisungen und der Lieferungsscheine zu Wertbriefen, ferner der Begleitadressen zu eingeschrieben und zu Wertpäckchen stets an den Empfänger selbst statzufinden, wenn die Sendungen vom Absender mit dem Vermerk „Eigenhändig“ versehen sind. Derartige Sendungen müssen stets auch dann von dem Briefträger abgetragen werden, wenn der Adressat für gewöhnlich seine Sendungen von der Post abholte. Der Briefträger darf diese Sendungen an eine andere Person, auch wenn sie sonst zur Empfangnahme berechtigt oder bevollmächtigt ist, nicht abgeben, selbst wenn ihm versichert wird, daß der Adressat anwesend ist und die Sendung sofort ausgehändigt erhalten werde, er muß vielmehr den Zu-

ritt zu dem Empfänger verlangen. Bei gewöhnlichen Briefen, Postkarten, Drucksachen und Warenproben, sowie bei gewöhnlichen Paketen kann dagegen der Vermerk „Eigenhändig“ bei der Bestellung nicht berücksichtigt werden.

Schutz gegen Hitzeschlag. Die Polizeibirektion von Charlottenburg bringt zur öffentlichen Kenntnis, wie man sich gegen den Hitzeschlag schützen kann und wie man davon Betroffenen Hilfe erbringen soll. Danach ist jeder der Gefahr des Hitzeschlags ausgesetzt, der sich der Einwirkung hochgradiger Sonnenwärme im Verein mit Überanstrengung bei ungünstiger Luftzirkulation und behindernden Schwülen ausgesetzt. Es ist daher bei unvermeidlicher Bewegung in großer Sonnenhitze dauernd für Verbunlung des Schwüles durch ausgiebige Lockerung der Kleidung oder Entblößung stark schwüldurchdränkte, der Haut fest anliegende Unterbekleidung die Schwüle verdunstung fast gänzlich hemmt. Reichlicher Genuss von reinem Wasser soll nicht unterlassen werden. Alkoholische Getränke sind zu meiden; alkoholfreie, sogenannte Mineralwässer sind weniger zu empfehlen, als frisches reines Wasser. Der geringere Grad des Hitzeschlags, den man mit „Sonnenlicht“ zu bezeichnen pflegt, äußert sich in Beeinträchtigung der Gehirnaktivität. Nach anfänglichem Kopfschmerz treten Schläfrigkeit, Benommenheit, mehr oder minder starke Beeinträchtigung des Bewußtseins, taumelnder Gang z. ein. Bei Hilfesleistungen bringt man den Erkrankten in den Schatten, löst ihm alle bindenden Kleidungsstücke, gibt ihm eine halbfeste Stellung, besprengt ihm kräftig Kopf, Hals und Brust mit frischem Wasser, um tiefe Atmung anzuregen, und flösst ihm Wasser, auch mit Wein, Cognac oder Hoffmannsstrophen vermischte, ein.

Wegen Reinigung der Räume des Rathauses und der Sparkasse werden diese Donnerstag den 8. August für den Geschäftsverkehr geschlossen sein.

Wegen Schleifarbeiten wird die Friedrich August-Straße in Lindenau auf der Strecke von der Karl-Heine- bis zur Weissenfelser Straße, vom 26. d. M. ab, während der Dauer der Arbeiten für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.

Eine neue Verordnung über die Maulkörbe tritt am 1. August in Kraft. Um zu verhindern, daß Maulkörbe, die den Bestimmungen dieser Verordnung nicht entsprechen, in den Verkehr gebracht werden, wird allen denjenigen Personen, die gewöhnlich Maulkörbe vertrieben, anheim gegeben. Modelle der von ihnen vertriebenen Maulkörbe noch möglichst bis zum 31. Juli d. J. der Ratswache (Rathausdurchgang) zur Prüfung vorzulegen. Vom 1. August d. J. ab werden Modelle der für zulässig erachteten Maulkörbe auf der Ratswache zur Ansicht ausliegen.

Infolge Experimentierens mit Acetylengas, wobei das Gas explodierte, soll sich der Galionsfabrikant Hermann auf dem Neumarkt schwere Brandwunden zugezogen haben. Wie und mitgeteilt wird, ist aber der Brand nicht auf eine Explosion von Acetylen gas, sondern darauf zurückzuführen, daß ein Feuerstand aus Celluloid, der über einer brennenden Lampe auf einem Regal stand, Feuer fing, das sich sehr schnell verbreitete. Beim Löschens des Feuers zog sich der Wohnungsinhaber allerdings erhebliche Brandwunden im Gesicht und an den Händen zu, die man ihm in der Sanitätswache verband. Die Feuerwehr kam nicht in Thätigkeit.

Bei der Arbeit verunglückt. In einer Offizin in der Wittenberger Straße in L.-Gutrich geriet ein 21 Jahre alter Buchdruckmaschinenmeister aus der Gedwigstraße in L.-Neustadt in die Schnellpresse. Der junge Mann erlitt hierbei eine so ausgedehnte Verlegung des Armes, daß er sich unverzüglich ins häfische Krautenhause in Behandlung gegeben mußte. — Wegen Lippenbruches mußte ein 29 Jahre alter Vereiter aus einem Kleininstitut in der Brandvorwerksstraße nach dem St. Jakobshospitale übergeführt werden. Er war beim Zureiten eines Pferdes abgeworfen und vom Pferde auf den Brustkorb getreten worden.

Einen Selbstmordversuch durch Erhängen machte am Montag nachmittag ein an der Bayerischen Straße wohnhafter Markthelfer. Seine dazukommende Chefin schnitt den Lebensmüll ab und brachte ihn zum Leben zurück.

Aufgefunden Leichen. Im Küllnau am Montag abend der Leichnam eines unbekannten, etwa 60 Jahre alten Mannes an. Der Toten ist bartlos, hat graumeliertes Haar, schwarzen Jackenanzug und schwarze seidene Mütze. — Um dieselbe Zeit wurde an der Gundorfer Mühle der nackte Leichnam eines jungen Mannes aufgefunden. In dem Toten erkannte man den am 20. Juli hier beim Baden ertrunkenen Sohn des in der Fregestraße wohnhaften Klemperer Nanis.

Vermisst wird seit 14. Juni der 1892 in L.-Volkmarisdorf geborene Buchhandlungsschreiber Friedrich Max Selzer aus der an der Mittelstraße gelegenen elterlichen Wohnung. Man vermisst, daß ihm ein Leid widerfahren ist. Er hat große, schmächtige Gestalt, dunkles Haar, längliches Gesicht, blonde Augen, Ansatz von dunklem Schurzbart. Wahrscheinlich ist er bekleidet mit blaugestreiftem Jackett, gelblicher Hose, schwarzen Lederschuhchen und seidener Mütze.

Ferien- und Badereisen. Dem Proletarier klingt das wie ein Märchen; er kennt sie nur vom Hören sagen; er, der alle Werte schafft, weiß nichts von Ferien, und ist angefischt der schlechten Bezahlung seiner Arbeit oft kaum in der Lage, einen Nickel auszugeben zu können, um nach des Tages Lust und Mühen die freien Körper so dringend nötige Erfrischung eines gewöhnlichen Brausebades zu geben. Für ihn heißt es: schaffen, schaffen und abermal schaffen; von früh bis abends spät, jahrein jahraus Arbeit und Entbehrung, damit andere im süßen Nichts zu leben und genießen. Ist das eine Welt. Die einen, die das Arbeiten nur dem Namen nach kennen, die sich einbilden, daß es ohne sie gar nicht gehen, die Welt gar nicht bestehen könnte, gehen in die Ferien, wochen- ja monateslang ins Bad, in die Sommerfrische und merkwürdig: sie werden nicht einmal vermisst, es geht alles auch ohne sie!

Oder steht nicht der Staat noch wie zuvor, obwohl die „Staatsstühle“ auf und davon gelaufen oder gefahren sind? Und lauter denn je hämmert's und pocht's, und schraubt's und häuft's in den Fabrikhallen, überall schafft und stöhnt das arbeitende Volk, damit jene, die nicht da sind und nicht vermisst werden, leben können. Und das alles bei 23 Grad Raumtemp. im Schatten, wie es die letzten Wochen der Fall war. Wie leicht der Arbeiter im dumpfen Fabrikraum nach einer Erfrischung, wie nach einem winzigen Hauch frischer Luft. Aber das Trinkwasser ist in den hellsten Hallen frisch und die Luft — ja, wenn Fenster und Türen fest verschlossen sind und Ventilation nicht vorhanden ist, da läßt sich auch kein frischer Lufthauch erkennen. Es heißt daher abwarten, bis sich das Fabrikthor öffnet. Und niedergeschlagen, schwieligfleidend und vollständig erschöpft durchrennen die Tausende und Abertausende Arbeiter und Arbeiterinnen in der Mittagsstunde die Straßen; rasch

